

# 1918/1919/1920

## Polizei im Wandel?



Das Bremer Polizeihaus Am Wall  
im Jahre 1937. Sitz der Polizeidirektion  
von 1908–1999.

Privatbesitz (Beese)

**H**erbst 1918. Deutschland hat den Krieg verloren. In Berlin wird die Republik ausgerufen. Am 11. August 1919 tritt die neue Reichsverfassung in Kraft. Artikel 1 sagt: ›Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.« So bestimmt es auch Bremens neue Verfassung vom 18. Mai 1920.

Die Polizei bleibt Sache der Länder. Ihr Auftrag heißt: Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Gefahrenabwehr auf der Grundlage der Gesetze.

Zugleich muss sich die Polizei geistig grundlegend erneuern. Die Deutschen sind nicht mehr Untertanen, sondern Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, denen die Verfassung Grundrechte garantiert:

Freiheit der Person. Gleichheit vor dem Gesetz. Meinungsfreiheit. Glaubens- und Gewissensfreiheit. Versammlungsfreiheit. Unverletzlichkeit der Wohnung. Postgeheimnis.

Hinzu kommt: die Polizei ist nicht mehr Dienerin der Obrigkeit. Sie dient der Gesamtheit des Volkes, nicht einer Partei. Und sie hat den Auftrag, die demokratische Ordnung zu schützen. Die Länder bauen eine vom Reich mitfinanzierte, kasernierte Schutzpolizei auf, die bewaffnete Angriffe auf die Republik abwehren soll.

Alle Polizeibeamten leisten den Eid auf die demokratischen Verfassungen. Das verpflichtet. In der Polizei muss sich republikanischer und demokratischer Geist ausbreiten. Müsste ...



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1919–1933

## Bremens Polizeiführer: Demokraten?

**D**ie politische Verantwortung für die Polizei liegt bei der Polizeikommission des Senats. Vorsitzende sind Senator Karl Deichmann (SPD) von 1919 bis 1920 und von 1928 bis 1931 sowie Senator Albert von Spreckelsen (DVP) von 1920 bis 1928 und von 1931 bis 1933.

Im November 1919 beruft der Senat eine neue Führung. Polizeipräsident Dr. Leopold Petri und Kripochef Dr. Georg Pott sind konservativ denkende Bürgerliche. Der Kommandeur der kasernierten Schutzpolizei, Oberst Walter Caspari, ist bis zu seinem Eintritt in die Polizei Berufssoldat im Bremer Infanterieregiment Nr. 75. Mit seinem Freikorps hat er im Februar 1919 die Bremer Räterepublik niedergeworfen. Er ist ein typisch preußischer Offizier, der sich mit Demokratie und

Republik nicht abfindet. Mit Caspari treten mehrere Offiziere des Regiments Nr. 75 in die Polizei über.

Diese konservativen Bürgerlichen und Militärs prägen das Klima in Bremens Polizei. Republikanisierung und Demokratisierung der Polizei durch Personalauswahl, Ausbildung und Erziehung bleiben aus. Lediglich etwa 40 untere und mittlere Dienstgrade der blau uniformierten und 1300 Mann starken Revierpolizei sollen 1932 Mitglieder der SPD oder einer Gewerkschaft gewesen sein. Demokratisch orientiert ist lediglich der Landesverband der bremischen Polizeibeamten e. V., dem Polizeimeister Franz Noch vorsitzt, der auch Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist.



**Karl Deichmann** (1863–1940)  
| Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)  
| Bürgermeister und Präsident des Senats 1919–1920  
| Senator für Inneres 1928–1931  
| Vorsitzender der Polizeikommission 1919–1920 und 1928–1931



**Albert von Spreckelsen** (1873–1951)  
| Deutsche Volkspartei (DVP)  
| Senator für Inneres 1920–1928 und 1931–1933  
| Vorsitzender der Polizeikommission 1920–1928 und 1931–1933



**Dr. Leopold Petri** (1875–1963)  
| Jurist  
| Polizeipräsident 1919–1933



**Walter Caspari** (1877–1962)  
| Berufsoffizier  
| Kommandeur der Sicherheitspolizei 1919–1922  
| Kommandeur der Ordnungspolizei 1923–1933

Fotos: Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1919 – 1933

## Dienerin der Gesamtheit?

**E**s gelingt der Polizei nicht, sich als die Dienerin der Gesamtheit des Volkes darzustellen. Sie legt ihren Auftrag, Feinde der demokratischen Ordnung aufzuspüren und zu bekämpfen, sehr einseitig aus. Für sie steht der Feind links. Zuständig für das Aufspüren innerer Feinde ist eine Nachrichtenstelle (N-Stelle), die aus dem früheren militärischen Nachrichtendienst des Infanterieregiments Nr. 75 hervorgeht. Naturgemäß hat sie Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften und republikanisch orientierte Vereine im Blick – sie beobachtet sogar

den ›Landesverband der bremischen Polizeibeamten e.V.‹.

Neben der N-Stelle gibt es eine Politische Polizeistelle (P-Stelle), die für politische Strafsachen zuständig ist. Im September 1931 legt der Polizeipräsident beide zur Zentralpolizeistelle (Z-Stelle) zusammen. Damit verfügt er über eine Einheit, die für die Beobachtung vermeintlicher politischer Gegner wie für die Verfolgung politischer Strafsachen zuständig ist. Der Ruf der Einseitigkeit bleibt.

### Aufgaben der Nachrichtenstelle der Schutzpolizei 1919

- Überwachung der Tätigkeit der politischen Parteien und Interessengruppen
- Bekämpfung regierungsfeindlicher Bestrebungen
- Abwehr der Spionage
- Politische Kontrolle des Passwesens
- Bearbeitung sämtlicher in das politische Gebiet einschlagenden Strafsachen
- Nachforschung nach verborgenen Waffen und verborgener Munition
- Politische Überwachung der Truppen
- Überwachung der Presse und Fühlungnahme derselben
- Politische Überwachung des Fremden- und Ausländerwesens
- Überwachung der Seeleute
- Organisation des Nachrichtenwesens mit anderen gleichen Stellen im Reiche

Organigramm  
Nach: Die Geschichte der  
bremischen Polizei seit  
1800, bearbeitet und  
zusammengestellt von  
Konrad Parey, Bremen 1936  
Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

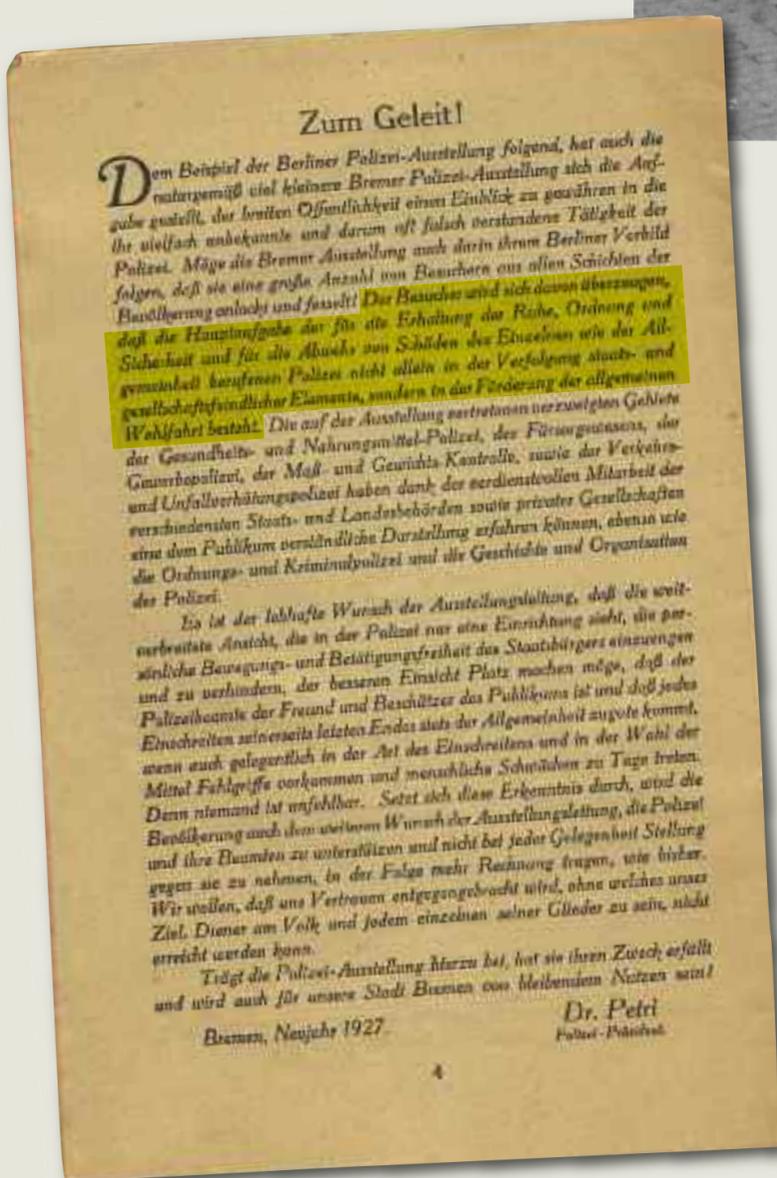
# 1919 – 1933

## Freund und Helfer?

**D**er Polizeipräsident will das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit verbessern. 1927 organisiert er eine Ausstellung, die zeigen soll, dass Bremens Polizei ihre Hauptaufgabe nicht in der Verfolgung ›staats- und gesellschaftsfeindlicher Elemente‹ sieht, sondern in der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt. Sie will Freund und Beschützer sein.

Der Versuch hat vor allem die Arbeiterschaft kaum überzeugt. Sie nimmt die Arbeit der Polizei weniger als Beitrag zur Förderung ihrer Wohlfahrt wahr. Sie sieht sich eher als Teil der von Polizeipräsident Petri angesprochenen ›staats- und gesellschaftsfeindlichen Elemente‹, deren ›persönliche Bewegungs- und Betätigungsfreiheit‹ Objekt polizeilicher Beobachtung und einengender polizeilicher Tätigkeit ist.

Auskunfts- und Verkehrsposten  
des Polizeireviere Woltmershausen, 1929  
Privatbesitz (Grabow)



Geleitwort Polizeipräsident  
Dr. Leopold Petri zur Bremischen  
Polizeiausstellung 1927

Publikation zur Ausstellung  
aus Privatbesitz (Krawinkel)



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1932 / 1933

## ›Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich‹

**Z**u Beginn der 1930er Jahre hat sich die Mehrheit der Deutschen von Republik und Demokratie abgewandt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) hetzt gegen Verfassung, Demokratie, Parlament und Republik. Sie will das deutsche Volk in einer alle Gegensätze scheinbar aufhebenden ›Volksgemeinschaft‹ vereinen. Sie predigt Rassenhass und Antisemitismus. Sie hat immer mehr Zulauf. Kurt Tucholsky schreibt 1932: ›Um mich herum spüre ich ein leises Wandern. Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich.‹

Das tut auch die Polizei. Schon vor der ›Machtergreifung‹ der NSDAP am 30. Januar 1933 sind über 20 Angehörige der kasernierten Schutzpolizei Mitglied der NSDAP. Vornehmlich jüngere Offiziere wenden sich dem Nationalsozialismus zu.

SA-Aufmarsch  
in Bremen-Neustadt  
Juni 1932

Staatsarchiv Bremen



Ältere zeigen äußerlich bis 1933 Loyalität. Das offene Bekenntnis zur Weimarer Republik findet sich in Bremens Polizei nicht. Anfang 1931 gilt Polizeiobers Walter Caspari als Kandidat der NSDAP für das Amt des Polizeisenators. Als die Republik am 30. Januar 1933 endgültig scheitert, weinen ihr die wenigsten Polizisten eine Träne nach. Die meisten sind bereit, die Reise ins Dritte Reich anzutreten.

SA-Aufmarsch  
in Bremen-Gröpelingen  
Februar 1933

Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933 Die ›Machtergreifung‹

**A**m 30. Januar 1933 ernennt Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler, den ›Führer‹ der NSDAP zum Reichskanzler. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewinnt die NSDAP in Bremen 32,6 %, jedoch keine Mehrheit. Am 6. März fordern Nationalsozialisten vor dem Rathaus den Rücktritt des Senats. Bürgermeister Donandt will den Marktplatz polizeilich räumen lassen. Polizeiobers Caspari lehnt ab. Der Senat willigt ein, am Rathaus die schwarz-weiß-rote Fahne zu hissen – das Symbol der Feinde der Republik. Die sozialdemokratischen Senatoren Kaisen, Kleemann und Sommer treten daraufhin aus dem Senat aus.

Demonstranten fordern den Rücktritt des Senats. Marktplatz Bremen am 6. März 1933. Focke-Museum Bremen



Noch am 6. März entzieht der neu ernannte Reichsinnenminister Frick (NSDAP) dem Senat die Polizeibefugnisse. Er behauptet, in Bremen drohten Unruhen, weil die Senatoren der SPD nicht zurücktreten wollten. Zugleich ernennt Frick Dr. Richard Markert (NSDAP) zum Reichskommissar und überträgt ihm die Polizeigewalt. Markert ruft die Polizei sofort öffentlich zum rücksichtslosen Kampf gegen die Gegner der NSDAP auf. Der Kaufmann und SA-Sturmbannführer Theodor Laue wird kommissarischer Polizeipräsident.



Aufruf des Polizeisenators (Kommissar des Reichs) an die Bevölkerung vom 7. März 1933  
Staatsarchiv Bremen



**Dr. Richard Markert** (1891–1957)  
| Verwaltungsfachmann  
| Kommissarischer Polizeisenator vom 6. bis 18. März 1933  
| Präsident des Senats und Bürgermeister ab 18. März 1933  
| Regierender Bürgermeister ab 1. Oktober 1933  
| Absetzung am 23. Oktober 1934  
Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933

## ›Polizeiherr‹ Laue

**A**m 18. März 1933 wird Dr. Richard Markert nach dem Rücktritt des alten Senats unter Bürgermeister Donandt Bürgermeister und Präsident des Senats. Theodor Laue übernimmt als ›Senator für Verfassung, Rechtspflege und innere Verwaltung‹ die Leitung der Polizei. Er legt sich den Titel ›Polizeiherr‹ zu.

Polizeipräsident Dr. Leopold Petri wird als Richter an das Amtsgericht Bremerhaven versetzt.

Polizeioberst Walter Caspari geht in den Altersruhestand. Ihm wird der ›Charakter eines Polizeigenerals‹ verliehen – er darf eine Generalsuniform tragen. Sein Nachfolger ist Oberstleutnant Hans Potel, ein alter Kriegskamerad Casparis. Dr. Petri, Caspari und Potel treten der NSDAP bei. Dr. Konrad Parey, ehemaliger Richter und Mitglied des rechten Frontkämpferbundes ›Stahlhelm‹ wird Chef der Kriminalpolizei. Dr. Georg Pott, vormals Chef der Kripo, übernimmt die Polizeiverwaltung.

**Theodor Laue (1893–1953)**  
| Kaufmann  
| SA-Sturmbannführer seit 1931  
| Kommissarischer Polizeipräsident  
ab 8. März 1933  
| Senator 1933–1937  
Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933 Säuberungen

**I**m ganzen Reich werden Beamte nach dem ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ vom 7. April 1933 entlassen, weil sie jüdischer Abstammung sind oder dem Nationalsozialismus kritisch oder ablehnend gegenüberstehen.

Beauftragter des Senats für die ›Säuberung‹ des öffentlichen Dienstes wird Polizeihauptmann Wilhelm Machtan. 25 Polizeibeamte werden entlassen. Unter ihnen sind Kriminaldirektor Diedrich Lindemann, die Kriminalbeamten Richard Beelitz und Richard Siebke sowie Polizeimeister Franz Noch. In Bremerhaven wird Kriminalassistent Johann Brunner entfernt – wegen seiner Beziehung zur SPD. Er wird in ein Konzentrationslager gebracht, weil er nach seiner Entlassung versucht, ›Unruhe in nationalen Kreisen zu stiften‹.



**Diedrich Lindemann**  
Kriminaldirektor  
Entlassung 1933



**Richard Siebke**  
Kriminalbeamter  
Entlassung 1933



**Reichsgesetzblatt vom 7. April 1933. Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Die §§ 3 und 4 bestimmen die Entlassungsgründe.**  
Staatsarchiv Bremen

Die ›Abgänge‹ werden durch politisch zuverlässige Männer ersetzt. Neben die fachliche Ausbildung tritt eine intensive Schulung in nationalsozialistischer Weltanschauung.

Im Juli 1933 bestimmt der Senat den ›Hitlergruß‹ zum allgemein in der Verwaltung zu entbietenden Gruß.



**Richard Beelitz**  
im Kreis der Familie  
Kriminalbeamter  
Entlassung 1933

Fotos: Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

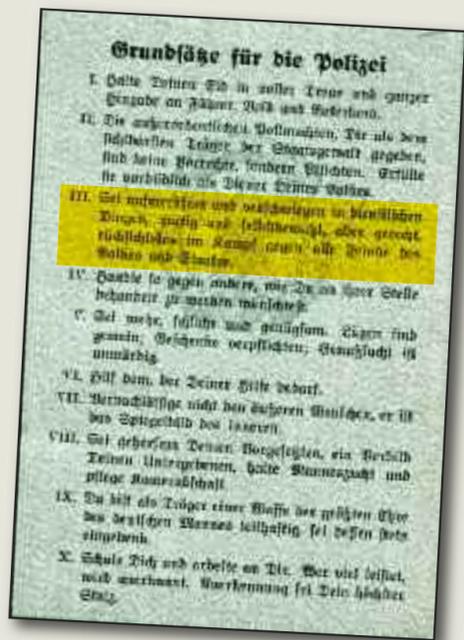
Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945

## Dem NS-Staat dienend

Die Polizeibeamten schließen sich der ›Regierung der nationalen Erhebung‹ an. Viele werden Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Bremens Polizei versteht sich als ›Hüterin‹ des nationalsozialistischen Staates. Sie folgt einem Wort von Heinrich Himmler, wonach sie nicht nach den Gesetzen, sondern nur nach den Befehlen der Führung tätig wird. Sie wird von den ›Leitgedanken‹ beherrscht, die Adolf Hitler 1937 auf dem Reichsparteitag der NSDAP formuliert: ›Jeder Polizist ist als Repräsentant des Staates der beste Freund des Volkes. Als Repräsentant des Staates ist er aber auch der unerbittliche Vertreter der Volksgemeinschaft gegenüber jenen asozialen verbrecherischen Elementen, die sich an ihr versündigen.‹

Grundsätze für die Polizei, wie sie in jedem Dienstpass abgedruckt waren.  
Sammlung Schneider



Eine der ersten Gelegenheiten, die Verbundenheit der Polizei mit dem ›neuen‹ Staat zu zeigen, ist der 21. März 1933. In Potsdam wird an diesem Tag in der Garnisonskirche der neue Reichstag eröffnet. Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler reichen sich symbolträchtig die Hand. Auf dem Marktplatz in Bremen paradiert die Ordnungspolizei und ›nationale Verbände‹: SA, SS und Stahlhelm.

Seit 1934 wird in ganz Deutschland alljährlich ein ›Tag der Deutschen Polizei‹ organisiert, der die Verbundenheit der Polizei mit dem Volk zeigen soll.



Gruppenfoto auf dem Flur des Polizeihauses aufgenommen für einen Kollegen, 30. April 1937. Im Hintergrund an der Wand ein Zitat von Heinrich Himmler.  
Staatsarchiv Bremen



›Der Tag von Potsdam‹ in Bremen: 21. März 1933. Bürgermeister Flohr, ›Polizeiherr‹ Laue und Oberst Caspari (v. r. n. l.) schreiten die Front der Ordnungspolizei ab.  
Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945

## Gestapo

**A**m 18. Juni 1933 bildet ›Polizeiherr‹ Theodor Laue nach dem Vorbild Preußens die Geheime Staatspolizei, die er sich unmittelbar unterstellt. Sie soll nicht nur begangene ›politische‹ Delikte verfolgen, sondern jede Form der Bedrohung der Herrschaft der NSDAP erkennen und bekämpfen.

Ihr Kern ist die Zentralpolizeistelle (Z-Stelle) des Polizeipräsidenten. Ihr wird die von Laue im März 1933 gegründete ›Zentralstelle zur Bekämpfung des Bolschewismus‹ eingegliedert. Kommandeur wird Polizeihauptmann Heinrich Kruse, der schon die Z-Stelle geleitet hat.



**Im Außendienst:**  
**Polizeioberwachtmeister**  
**Wilhelm Müller**  
(vorne) mit einem Kollegen  
Privatbesitz (Koop)

Seit 1934 hat die Gestapo ihren Sitz im Gebäude Am Wall 199. Im Oktober 1935 sind 44 Beamte und Angestellte in der Gestapo tätig, 1939 werden es rund 100 sein.

1934 wird Hauptmann Erwin Schulz Kommandeur der Gestapo. Er bringt es bis 1945 noch sehr weit in der deutschen Polizei.



**Im Innendienst:**  
**Polizeioberwachtmeister**  
**Wilhelm Müller**  
(Mitte) mit Kollegen  
Privatbesitz (Koop)



**Wilhelm Müller** (1904–1945) gehörte ab 1934 der Gestapo Bremen (Referat ›Kommunismus‹) an. Im selben Jahr trat er dem Kameradschaftsbund Deutscher Polizei-Beamten bei. Die Gestapo Bremen ordnete ihn nach der ›Verreichlichung‹ der Polizei nach Berlin ab. Dort verliert sich seine Spur bei Kriegsende.  
Privatbesitz (Koop)



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945

## Gegen die Opposition

**D**ie Regierung Hitler macht die Polizei sofort zum Kampfinstrument gegen ihre Gegner. Die ›Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat‹ vom 28. Februar 1933 hebt die Grundrechte der Reichsverfassung auf. Die Polizei kann jetzt frei von richterlicher Kontrolle verhaften, in Haft halten, durchsuchen und beschlagnahmen. Menschen, die der NS-Staat zu seinen Feinden erklärt, sind vogelfrei: etwa Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden, kritische Publizisten, Republikaner, Pazifisten sowie Menschen, die sich dem Nationalsozialismus aus religiösen Gründen verweigern ...

Das brutalste Instrument beim entfesselten Vorgehen gegen die Opposition ist die ›Schutzhaft‹. Sie wird von der Gestapo selbst angeordnet und in Gefängnissen und Konzentrationslagern beliebig lange vollzogen. Konzentrationslager sind völlig rechtsfreie Räume, in denen gefoltert und getötet wird.



Reichsgesetzblatt vom 28. Februar 1933. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. § 1 setzt die Grundrechte außer Kraft und erläutert die Folgen dieser Maßnahme. Die Verordnung gilt bis 1945. Staatsarchiv Bremen



Aufruf des ›Polizeiherrn‹ Laue an die bremische Bevölkerung vom 10. April 1933, gerichtet insbesondere gegen ›marxistische‹ Funktionäre. Damit sind Sozialdemokraten gemeint. Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933 SA und SS: Hilfspolizei

**A**m 8. März 1933 erklärt Polizeikommissar Dr. Richard Markert SA, SS, den Frontkämpferbund Stahlhelm und den Kampfbund Niedersachsen zur Hilfspolizei. Er folgt damit preußischem Vorbild. Verwendet wird sie neben regulärer Polizei bei Razzien, Haus-suchungen und Verhaftungen sowie bei der Bewachung von Objekten und Konzen-trationslagern. Einzelne SA-Männer werden in der Zentralpolizeistelle eingesetzt.

Hilfspolizisten tragen die Uniform ihrer Organisation und eine Armbinde mit der Aufschrift ›Hilfspolizei‹. Sie sind bewaffnet mit Polizeiknüppel, Pistole, Seitengewehr und Gewehr. Sie bekommen 3 Reichsmark pro Tag. Ende April 1933 sind in Bremen circa 100 Hilfspolizisten aktiv, in Bremer-haven 10 und in Vegesack 18.

Bald kann auf die Dienste dieser Hilfs-polizei verzichtet werden. Ein Erlass der Reichsregierung löst sie Ende 1933 auf.



Hilfspolizisten vor dem 1933  
noch preußischen Amts-  
gerichtsgefängnis Blumenthal

Sammlung Senator für Justiz  
und Verfassung Bremen



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933 Gegen Parteien und Gewerkschaften

**R**eichsregierung und Senat verbieten Parteien, Gewerkschaften, demokratische und republikanische Organisationen, Verbände und Vereine, genossenschaftliche Einrichtungen der Arbeiterbewegung... Gestapo, Kriminalpolizei, uniformierte Ordnungspolizei und Hilfspolizei durchsuchen Wohnungen, Geschäftsstellen, Zeitungsredaktionen, Druckereien, Parzellenbuden ... Sie beschlagnahmen »illegales« Material, konfiszieren Vermögen und Eigentum politischer Gegner und übergeben Gebäude der Gewerkschaften und Parteien an nationalsozialistische Organisationen.

In großer Zahl werden Mitglieder der nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 aufgelösten Kommunistischen Partei Deutschlands und der seit Juni 1933 verbotenen SPD in »Schutzhaft« genommen.

## 40 kommunistische Funktionäre in Bremen festgenommen

*Im Verfolg der weiteren polizeilichen Maßnahmen gegen die kommunistische Bewegung wurde in Bremen in der Nacht zum Sonntag 40 Funktionäre der kommunistischen Partei aus verschiedenen Stadtteilen in Haft genommen. Weiter hat in den letzten Tagen eine größere Anzahl von Hausdurchsuchungen erhebliches kommunistisches Schriften- und Druckmaterial zutage gefördert.*

Artikel in den Bremer Nachrichten vom 5. März 1933 zur Verhaftungswelle am 4. März 1933, die Bremer Kommunisten erfasste.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Bürgermeister Dr. Richard Markert bilanziert am Ende des Jahres: 1933 gab es 950 Hausdurchsuchungen, 1.400 Personen waren oder sind noch in Schutzhaft, 450 Festgenommene sind des Hochverrats verdächtig. Solche »Erfolge« und andere Resultate verdanken sich auch der jahrelangen Beobachtung und Unterwanderung der Parteien und Gewerkschaften durch den Nachrichtendienst der Polizeidirektion vor 1933.

**Letzte  
Warnung**

**vor politischer  
Hetzarbeit!**

Es sind immer noch unverantwortliche Hetzer am Werke, die die Auftragsarbeit der nationalsozialistischen Regierung stören. Dies geschieht sowohl durch die Verbreitung von Hetzschriften, als auch durch Aufstellung unwahrer Behauptungen und durch herabsetzende Kritik an Maßnahmen, die die Regierung zum Besten des Volkes beschlossen hat.

Insbesondere scheinen marxistische Kreise zu glauben, daß sie ihre frühere Zersetzungstätigkeit ungestört wieder aufnehmen können.

Ich warne deshalb nochmals dringend davor, sich an solchem Treiben zu beteiligen, vor allem auch durch Verbreiten oder auch nur durch den Besitz illegaler politischer Schriften. —

Wer nicht hören will, muß fühlen!

Als es in Zukunft noch bei solchen Unthaten beobachtet werden, werden auf lange Zeit in ein Isolierklo, ein Konzentrationslager gebracht worden, in dem ihnen die Last sehr wohl einmal so zu betragen, daß sie nicht mehr zu tragen sind.

Wer des Hochverrats überführt wird, kann mit dem Tode durch Erhängen bestraft werden. Die Regierung wird nicht davor zurückschrecken, diese Strafe auch zu vollstrecken.

Bremen, den 20. Juni 1933.

Der Polizeiherr.  
H. Laue

Warnung der Polizeidirektion vom 20. Juni 1933 insbesondere an Sozialdemokraten (Marxisten), sich trotz Parteiverbot weiterhin politisch zu betätigen.  
Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

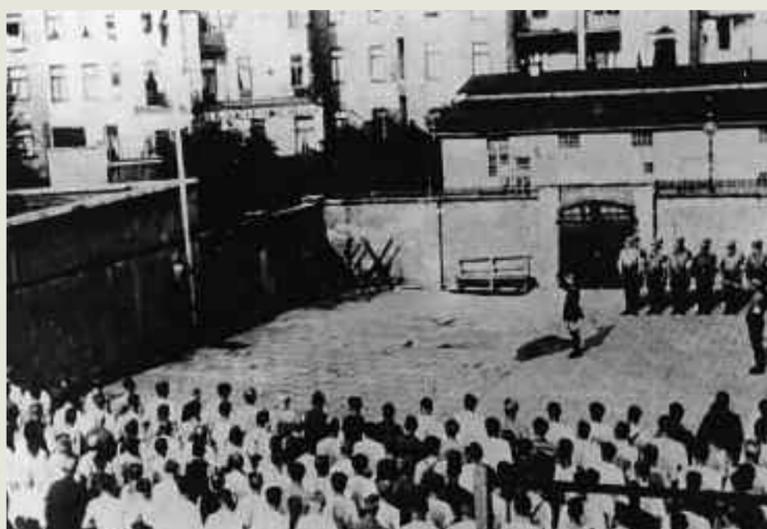
# 1933/34 Konzentrationslager

**D**ie Polizeigefängnisse sind bald überfüllt. Polizeiherr Laue richtet mit Billigung des Senats in den ehemaligen Auswandererhallen von Friedrich Mißler in Findorff ein Konzentrationslager ein. Das KZ Mißler untersteht der Polizeidirektion und wird von 40 Hilfspolizisten der SS bewacht. Ende März 1933 werden die ersten rund 150 Häftlinge eingeliefert. Die SS misshandelt sie schwer. Später ersetzt Laue die SS durch SA-Hilfspolizei, die nicht weniger brutal vorgeht.

Laue ordnet im Juni 1933 an, dass bestimmte ›Staatsfeinde‹ erst von SA-Leuten verhört werden, bevor die Sache der Gestapo vorgelegt wird. Gegen Brutalitäten der SA schreitet die Polizei nicht ein. Sie duldet, dass SA-Männer Häftlinge in den Kellern der SA-Zentrale ›verschärften Vernehmungen‹ unterziehen, sie also foltern.

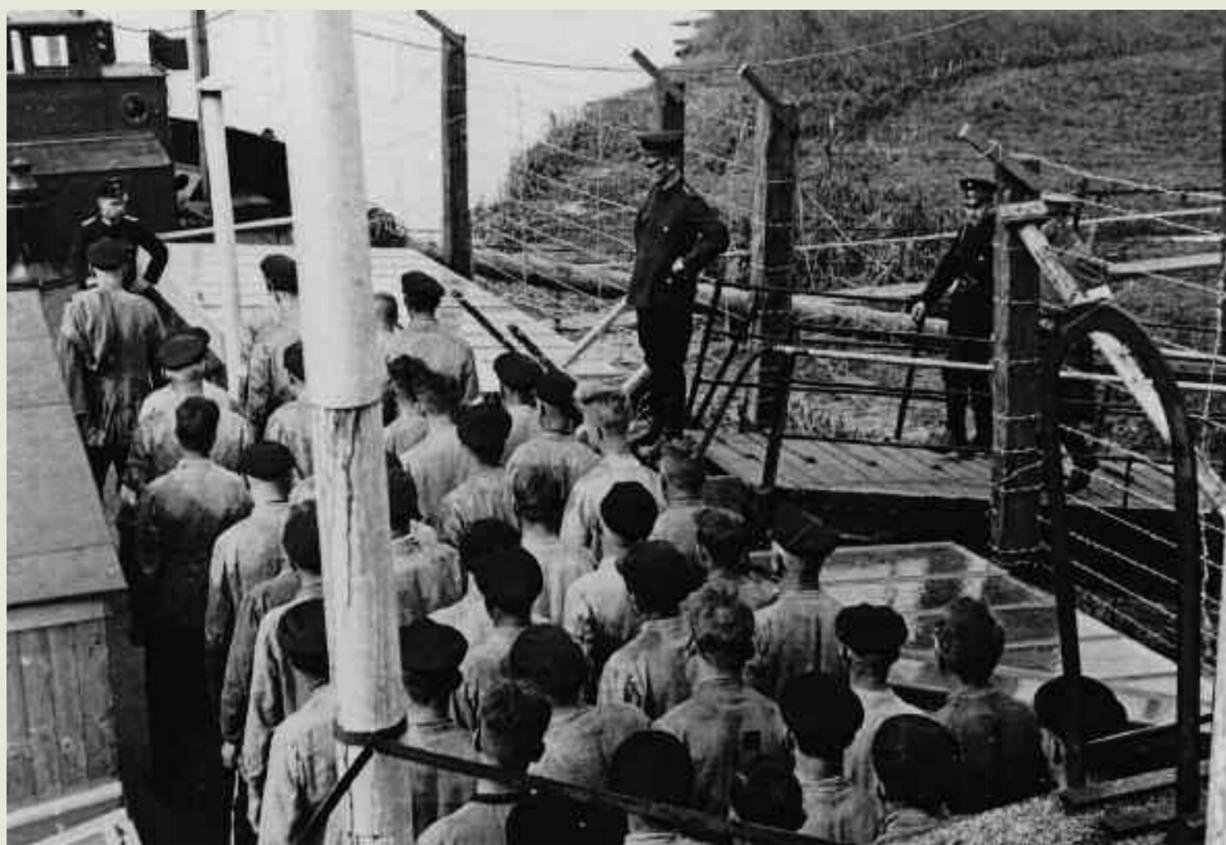
Im September 1933 wird das KZ Mißler geschlossen. Die Häftlinge kommen auf ein Schiff in der Mündung der Ochtum (KZ Ochtumsand) und in ein früheres Marinefort in der Wesermündung nahe Bremerhaven

Appell im KZ Mißler.  
Staatsarchiv Bremen



(KZ Langlütjen II). Letzteres untersteht der Schutzpolizei Bremerhaven. Auf einem als ›Gespenserschiff‹ berüchtigten ehemaligen Minensuchboot, das im Alten Hafen liegt, werden Gefangene ›verschärften Verhören‹ unterzogen.

Das KZ Ochtumsand wird im Mai 1934 geschlossen, das KZ Langlütjen im Juli 1934. Viele Häftlinge werden weiter in Haft gehalten und warten auf ihren Prozess.



Appell im KZ Ochtumsand.  
Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933/34 Politische Strafsachen

**D**en Massenverhaftungen von 1933/1934 folgen ab Herbst 1933 Massenprozesse gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Verhandelt wird vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts. Vorsitzender ist ein linientreuer Richter.

Die Prozesse sind schon wegen der Zahl der Angeklagten eine Farce:

- ›Wahrheitsprozess‹ gegen 88 Kommunisten ab Mai 1934
- ›Reichsbannerprozess‹ gegen 88 Sozialdemokraten und Mitglieder des ›Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold‹ August 1934
- Prozess gegen Osterloh und weitere 47 Sozialdemokraten November 1934
- Prozess gegen Buckendahl und weitere 62 Kommunisten Januar 1936
- Prozess gegen Lührs und weitere 107 Regimegegner aus Kreisen der KPD, der SPD und der Bündischen Jugend April 1936

Angeklagt wird meist wegen ›Vorbereitung zum Hochverrat‹, Fortsetzung oder Neugründung verbotener Organisationen sowie ›heimtückischer‹ Äußerungen. Die Urteile sind hart. Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind die Regel, Freisprüche sind rar. In diesen Verfahren ermittelt die politische Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft.

Bremens Gestapo ist durchaus zufrieden mit der Arbeit von Staatsanwälten und Richtern. Trotzdem legt sie abgeurteilte Fälle nicht zu den Akten; oft nimmt sie Verurteilte nach Verbüßung der Strafe in Schutzhaft und verschleppt sie in ein KZ. Nicht wenige kommen dort um; andere kommen erst im Mai 1945 wieder in Freiheit.



**Emil Theil** (1892–1968)  
 ■ Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)  
 ■ KZ Miffler 1933  
 ■ KZ Sachsenhausen 1935  
 ■ KZ Dachau 1940–1942



**Anna Stiegler** (1881–1963)  
 ■ Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)  
 ■ Angeklagte im Prozess gegen Osterloh u. a.  
 ■ Zuchthaus 1934–1939  
 ■ ›Schutzhaft‹ KZ Ravensbrück 1939–1945



**Walter von Perlstein** (1901–1941)  
 ■ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
 ■ KZ Miffler 1933  
 ■ Angeklagter im Prozess gegen Lührs u. a.  
 ■ Zuchthaus Oslebshausen 1938–1941  
 ■ ›Schutzhaft‹ KZ Mauthausen 1941  
 ■ ›auf der Flucht erschossen‹ 6. Dezember 1941



**Richard Heller** (1908–1944)  
 ■ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
 ■ KZ Miffler und KZ Langlütjen 1933/34  
 ■ 1935–1939 und 1942–1944 Zuchthaus Fuhlsbüttel  
 ■ Hinrichtung 6. Juli 1944



**Hermann Böse** (1870–1943)  
 ■ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
 ■ Lehrer  
 ■ Entlassung 1933  
 ■ Zuchthaus Fuhlsbüttel 1942–1943  
 ■ Tod an Haftfolgen 15. Juli 1943



**Maria Krüger** (1907–1987)  
 ■ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
 ■ Pädagogin  
 ■ Entlassung 1933  
 ■ Zuchthaus Fuhlsbüttel 1942–1943  
 Privatarchiv (Bücking und Krüger)

Fotos: Staatsarchiv Bremen



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1936

## ›Verreichlichung‹ der Polizei

**D**ie NS-Führung baut eine zentral organisierte Polizei des Reiches auf. Noch 1933 wird der Reichsführer SS Heinrich Himmler zugleich Politischer Polizeikommandeur der Länder. Im Dezember 1933 übergibt der Senat ihm den Befehl über Bremens Geheime Staatspolizei.

1934 geht die Polizeihochheit der Länder durch Gesetz auf das Reich über. Hitler ernennt im Juni 1936 Himmler zum Chef der deutschen Polizei im Reichministerium des Innern. Himmler wird die staatliche Institution Polizei mit Einrichtungen der NSDAP verschmelzen: Polizei, Schutzstaffel (SS) und Sicherheitsdienst (SD) der NSDAP bilden einen einheitlichen Sicherheits- und Repressionsapparat, der vom Geist des Nationalsozialismus durchdrungen ist.

Der Reichsführer SS Heinrich Himmler (vorne Mitte) in Bremen am 7. April 1934 anlässlich der formellen Übernahme des Befehls über die Bremer Gestapo. Er ist seit dem 22. Dezember 1933 Kommandeur der Politischen Polizei Bremen.

Staatsarchiv Bremen



Bremen behält lediglich Aufgaben im Bereich der Verwaltungspolizei. Im April 1939 wird ein Polizeiamt errichtet, das dem Regierenden Bürgermeister untersteht. Ab November 1939 heißt es ›Stadtamt der Freien Hansestadt Bremen.‹



›Die Polizei‹, 5. Juli 1936.  
Aufmacher: Ernennung von Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei am 17. Juni 1936.

Deutsche Hochschule der Polizei in Münster



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1936/1939

## Die neue Polizeistruktur

**H**einrich Himmler organisiert die Polizei im Reich in seinem Sinn.

Im ›Hauptamt Ordnungspolizei‹ werden Landespolizei, Schutzpolizei, Gendarmerie (die den Vollzugsdienst auf dem Land versieht) und Verwaltungspolizei zusammengefasst. Als ›technische Hilfspolizeien‹ gehören dazu die Feuerschutzpolizei, die aus den Angehörigen der Berufsfeuerwehr besteht, und die Technische Nothilfe.

Kriminalpolizei, Gestapo und der Sicherheitsdienst der SS werden im September 1939 zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefasst. Die Gestapo bildet das Amt IV dieses Hauptamtes. Ihm untersteht die Staatspolizeistelle Bremen. Die Kriminalpolizei ist dem Amt V (Reichskriminalpolizeiamt) zugeordnet. Ihm sind in Bremen die Kriminalpolizeileitstelle und die Kriminalpolizeistelle unterstellt.

Auf einem Sportfest 1939: Johannes Schroers, Oberst der Polizei und SS-Standartenführer mit den Emblemen von Polizei und SS auf der Uniform. Polizeipräsident in Bremen 1941–1945  
Sammlung Schneider



SS und Polizei werden eng verzahnt. Uniformierte Ordnungspolizisten und Angehörige der Sicherheitspolizei werden in die SS aufgenommen. So ist Johannes Schroers, Polizeipräsident von 1941 bis 1945, nicht nur Generalmajor der Polizei sondern auch SS-Brigadeführer.

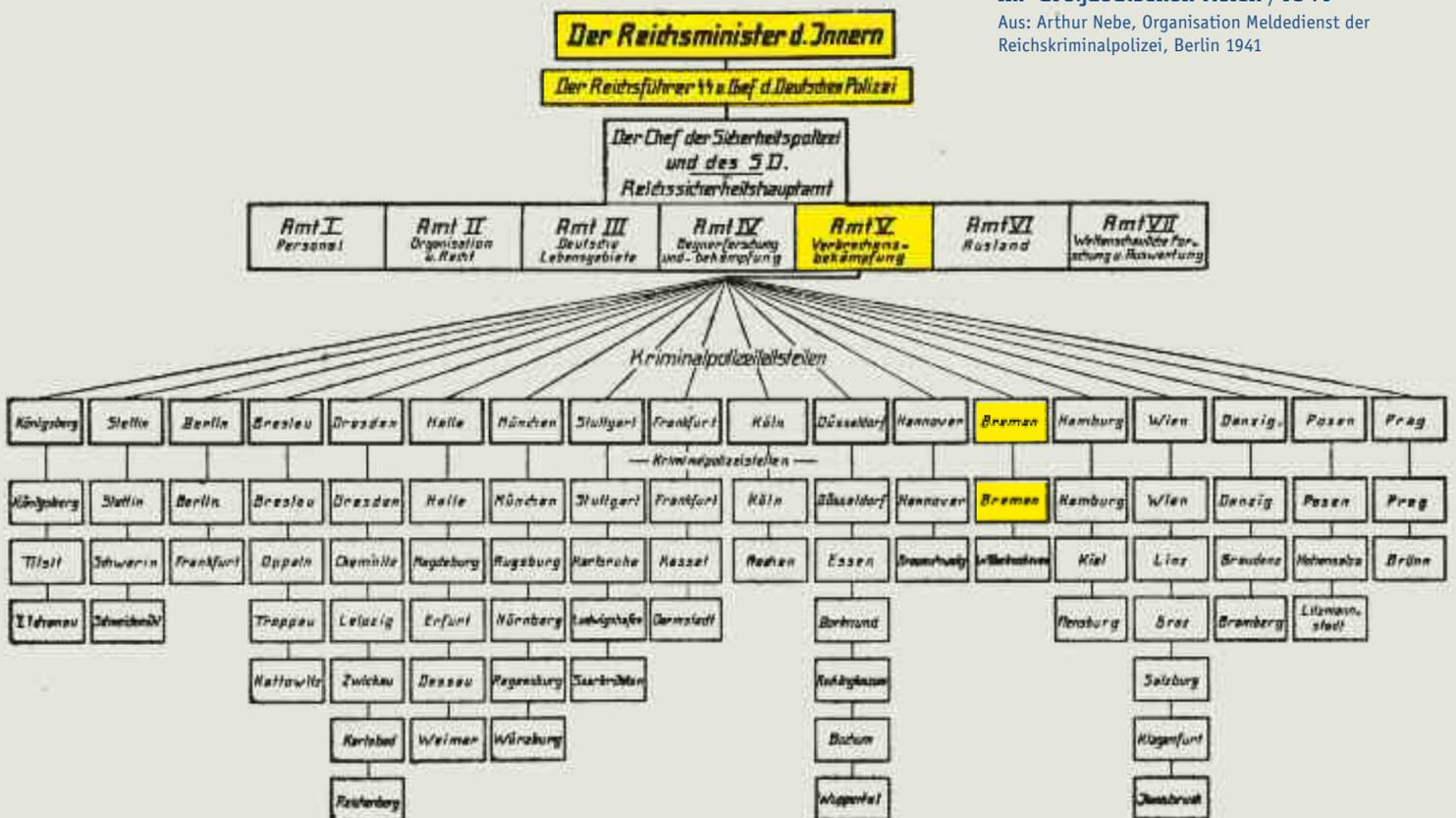


›Der Deutsche Polizeibeamte‹, 15. Mai 1937. Aufmacher: SS und Polizei wachsen zusammen.

Deutsche Hochschule für Polizei in Münster

Organisation der Kriminalpolizei im ›Großdeutschen Reich‹, 1941

Aus: Arthur Nebe, Organisation Meldedienst der Reichskriminalpolizei, Berlin 1941



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945

## Gegen ›Berufsverbrecher‹

**B**ei der Bekämpfung der Kriminalität arbeitet die Polizei wie bisher mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Sie bekommt zusätzlich neue, polizeiliche Instrumente an die Hand – besonders gegen ›Berufsverbrecher‹. Die Polizei kann sie vorbeugend überwachen und ihnen Auflagen erteilen. Verstöße dagegen kann die Polizei mit zeitlich unbegrenzter ›Vorbeugungshaft‹ ahnden. Diese Haft wird in geschlossenen Besserungs- und Arbeitslagern vollzogen. Sie kann aufgehoben werden, wenn sich erweist, dass Häftlinge der ›Gemeinschaft wieder zugeführt‹ werden können.

KZ Esterwegen: ›Berufsverbrecher (BVer) beim Steine klopfen. Das Lager bestand von 1934–1936. Bundesarchiv Berlin



Mit diesem Instrumentarium geht Bremens Polizei zum Beispiel 1933 gegen das ›Zuhälter- und Dirnen-Unwesen‹ vor. Zuhälter kommen in ›Vorbeugungshaft‹, müssen strengen Auflagen nachkommen, der Zuhälterei abschwören und sich Arbeit suchen. Seit Ende 1937 kann polizeiliche ›Vorbeugungshaft‹ auch verhängt werden gegen nicht vorbestrafte Menschen, die durch ›asoziales Verhalten‹ die Allgemeinheit gefährden.



KZ Esterwegen: Nach der Arbeit im Laufschrift in die Baracken. Bundesarchiv Berlin



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945

## Gegen »Asoziale«

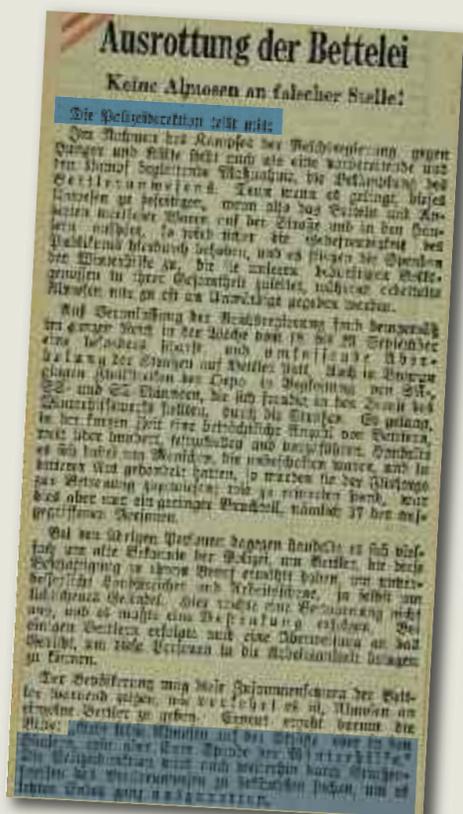
**I**m nationalsozialistischen Staat bekämpft die Polizei auch die »Asozialen.« Für »asozial« halten Nationalsozialisten Menschen, die nicht in ihr Bild von der »Volksgemeinschaft« passen oder die sie für nicht »gemeinschaftsfähig« halten. Betroffen sind zum Beispiel – in der Sprache der Zeit – : Zigeuner, Landstreicher, Herumtreiber, Arbeitsscheue, Bettler, Zuhälter, Dirnen, aus der Strafhaft entlassene Kriminelle, arbeitsunwillige Fürsorgeempfänger, Trinker, asoziale Großfamilien ...

Schon 1933 erlässt der Senat ein »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Belästigungen durch Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheue«. Die Polizei kann sie in Schutzhaft nehmen und dem »Arbeitszwang unterwerfen«, wenn sie nicht regelmäßig arbeiten.

In ein Arbeitshaus einweisen kann sie entlassene Zuchthausgefangene und Personen, die wegen Raubes, Vermögensdelikten, Sittlichkeitsdelikten und Glückspiels zu Freiheitsstrafen verurteilt waren.

Im März 1938 geht Bremens Gestapo im Rahmen einer vom Reichssicherheitshauptamt gesteuerten Aktion zur »Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« gezielt gegen »Asoziale, Berufsverbrecher und Herumtreiber« vor. Eine nicht mehr feststellbare Zahl von

Personen kommt in Vorbeugungshaft und wird in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Im Juni 1938 befiehlt das Reichskriminalpolizeiamt den Leitstellen der Kripo, in ihrem Bereich mindestens 200 arbeitsfähige »Asoziale« in Vorbeugungshaft zu nehmen. Bremens Kripo transportiert über 400 »Asoziale« in das KZ Sachsenhausen.



Mitteilung in der Presse zur Verfügung der Polizeidirektion Bremen vom 15.09.1933: Bekämpfung des Bettlerunwesens durch Zivilstreifen der Ordnungspolizei. Aufgefordert wird zu Spenden an das Winterhilfswerk statt zu Almosen auf der Straße.

Anlage zum Schreiben an den Senatskommissar für Arbeit, Technik und Wohlfahrt vom 28.10.1933, Staatsarchiv Bremen



Sammelaktion in Bremen-Hemelingen für das Winterhilfswerk am »Tag der deutschen Polizei« 1940.

Sammlung Schneider



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933–1945 Gegen Homosexuelle

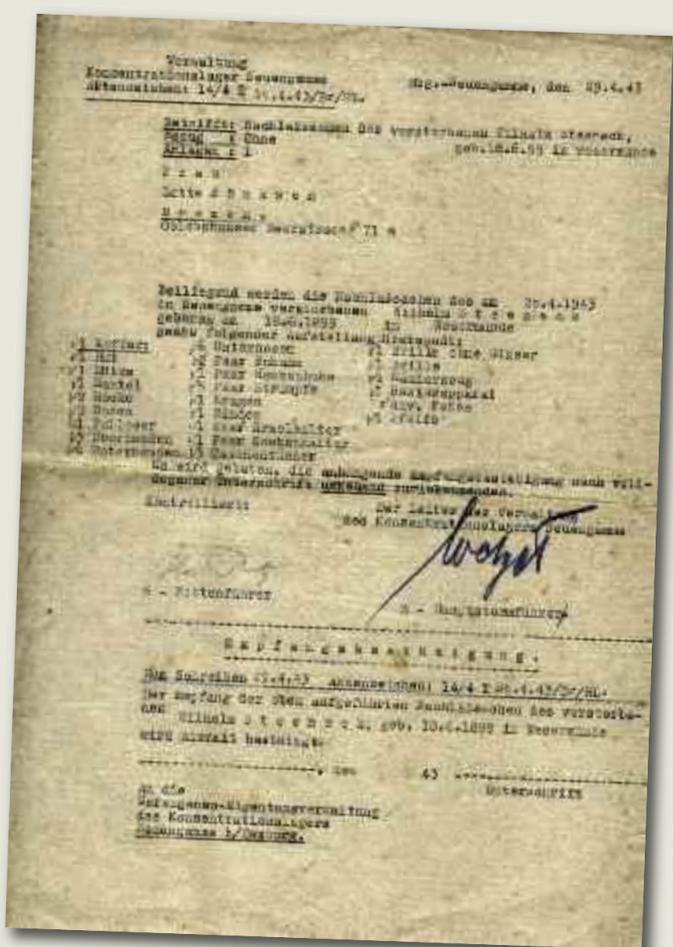
**N**ationalsozialisten sehen in männlichen Homosexuellen »entartete Gemeinschaftsfremde«. 1933 löst die Kriminalpolizei die bremische Ortsgruppe des »Bundes für Menschenrechte« auf, der sich seit 1923 für die Rechte Homosexueller und vergeblich für die Abschaffung des § 175 StGB eingesetzt hatte. Lokale, in denen Homosexuelle verkehren, werden »gesäubert« und überwacht. Homosexuelle müssen polizeiliche Auflagen erfüllen und werden bei Verstoß in Vorbeugungshaft genommen.

Pass von Wilhelm Steeneck aus Bremen-Gröpelingen. Verurteilt nach § 175a StGB. Haft im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen bis 1943, anschließend Überstellung in das KZ Neuengamme zur polizeilichen Vorbeugungshaft.



Bremens Kriminalpolizei und Gestapo arbeiten Hand in Hand: die »Volksgenossen« werden aufgefordert, jeden Verdacht zu melden. Die Zahl der Strafverfahren gegen Homosexuelle nimmt zu. 1932 und 1933 hat es 38 Verfahren gegeben, 1934 und 1935 sind es schon 135 – eine Steigerung, die »auf die durchgreifenden Maßnahmen von Kriminalpolizei und Geheimer Staatspolizei in Bremen zurückzuführen ist.« Auch die Gerichte haben die Notwendigkeit »schärfster« Bekämpfung der Homosexualität erkannt und die Strafen wesentlich heraufgesetzt – stellt die Polizei mit Befriedigung fest. 1935 werden die Strafvorschriften drastisch verschärft.

Seit Januar 1938 kann die Polizei homosexuelle Männer unmittelbar nach einer Verurteilung in Vorbeugungshaft nehmen. Ab Mitte 1940 werden aus der Strafhaft Entlassene in ein KZ gebracht, wenn sie mehr als einen männlichen Sexualpartner gehabt hatten. Eine große Zahl kommt im KZ um.



**Mitteilung der Lagerverwaltung KZ Neuengamme: »Nachlasssachen des verstorbenen Wilhelm Steeneck«.** Eingeliefert März 1943, gestorben April 1943 angeblich an »cardialer Insuffizienz«.  
Privatarchiv (Sönksen)



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

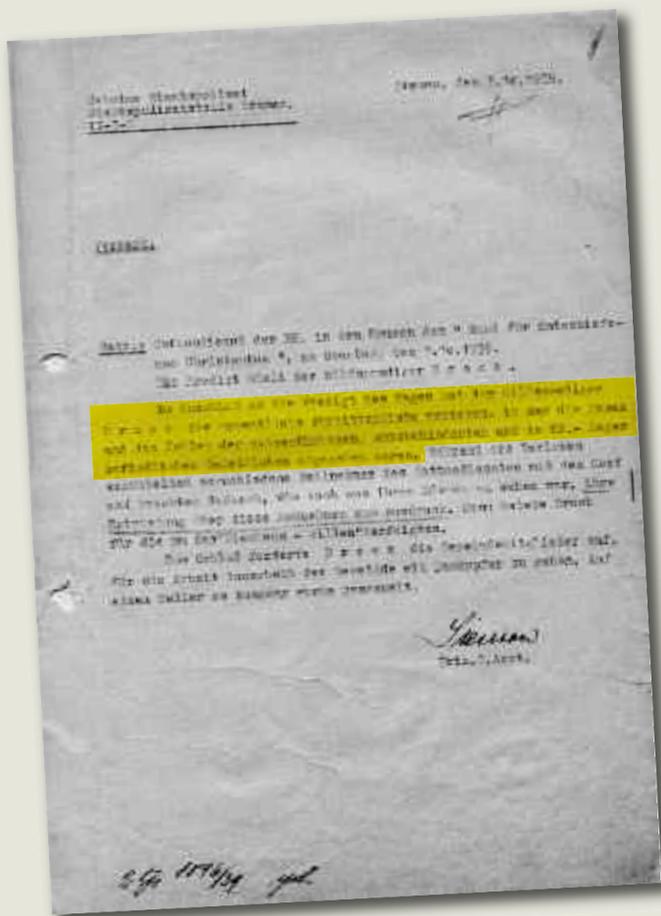
# 1933/45

## Kampf gegen religiös motivierte Gegner

**D**ie Gestapo überwacht und verfolgt Menschen, die sich aus religiöser Überzeugung der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht beugen. Sie bringt Zeugen Jehovas vor Gericht und nimmt katholische und evangelische Christen in Schutzhaft, weil sie »illegale« religiöse Schriften besitzen.

Im September 1939 bringt sie den Hilfsprediger Rudolph Brock von St. Stephani wegen Kanzelmissbrauchs vor das Sondergericht: er hat im Gottesdienst polizeiliche Maßnahmen gegen die Bekennende Kirche bekannt gegeben und verhaftete Pfarrer in sein Gebet eingeschlossen. Im Herbst 1941 kommen Mitglieder von St. Stephani in Schutzhaft, weil sie mit einer getauften jüdischen Familie einen Gottesdienst zum Abschied feiern, die zur Gemeinde gehört und »in den Osten« deportiert werden soll.

**Rudolf Brock (1910–1960).**  
Hilfsprediger in der Bremer Kirchengemeinde St. Stephani 1939–1942, Bekennende Kirche (BK), verhaftet 18. März 1940, verurteilt am 30. April 1940.  
Sammlung Koch



**Observierung von Rudolf Brock durch die Gestapo. Vermerk der Abteilung II, Referat Kirchen/Sekten vom 2. Oktober 1939**  
Staatsarchiv Bremen

Den katholischen Pastor Moschner, der sich 1935 in der Kirchenzeitung »Ansgarius« kritisch über eine Publikation des NS-Ideologen Alfred Rosenberg äußert, bringt die Gestapo vor Gericht.

Der Priester Bernhard Mecklenburg kritisiert die Deportation der Juden, wird im Februar 1943 verhaftet und erst im April 1945 aus dem KZ Dachau befreit.



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1935 Polizei wird Wehrmacht

**D**as NS-Regime will Deutschland in kürzester Zeit kriegsbereit machen. Der Versailler Vertrag von 1919 gestand Deutschland lediglich ein Heer von 100.000 Mann ohne schwere Waffen zu. Im März 1935 führt die NS-Regierung die Wehrpflicht wieder ein und beginnt mit der unbegrenzten Aufrüstung.



Parade am 1. April 1935:  
Der Schellenbaum zeigt  
den Polizeistern mit Bremer  
Schlüssel.



Parade am 1. April 1935:  
Partei- und Militärführer  
am Domshof (v. r. n. l.:  
'Polizeiherr' Laue,  
Polizeigeneral a. D. Caspari,  
Generalmajor Keitel,  
Bürgermeister Heider,  
Oberst Wittke).

Fotos: Staatsarchiv Bremen  
(Hermann Reil)

1. April 1935: Parade am 1. April  
1935 aus Anlass der Überführung  
von Beamten der Landespolizei  
Bremen in die Wehrmacht.



Die militärisch ausgebildeten Landespolizei sind wichtige Kader beim Aufbau des Heeres. Am 1. April 1935 werden rund 1.200 Beamte der bremischen Landespolizei dem Reich unterstellt. Vor dem Rathaus wird ein Parademarsch abgehalten. Der Senat schenkt der Truppe zwei Fahnen und einen Schellenbaum. Ab 1. August 1935 ist sie Teil eines Infanterieregiments der Wehrmacht.

Parade am 1. April 1935:  
Vorbeimarsch an  
Bürgermeister Otto Heider.



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1938 Österreich, Sudetenland, Tschechoslowakei

**A**b Mai 1936 wird in Bremen eine neue Hundertschaft der kasernierten Sicherheitspolizei aufgestellt. Als im März 1938 Österreich dem Reich »angeschlossen« wird, rückt die Bremer Hundertschaft mit Einheiten aus Hamburg und Wilhelmshaven nach Österreich aus und unterstützt den Einmarsch der Wehrmacht. Einige Offiziere bleiben in Österreich, um dort eine Polizei nach deutschem Muster aufzubauen.

Bremens Gestapo-Chef Erwin Schulz organisiert die Gestapo in Graz. Er lässt alle Personen verhaften, die verdächtigt werden, dem Nationalsozialismus feindlich gegenüber zu stehen.

Im September 1938, nach Abschluss des Münchner Abkommens, beteiligt sich die bremische Hundertschaft an der Besetzung des Sudetenlandes. Sie hilft der Gestapo

›Österreich ist frei – wir waren dabei.«  
Bremische Polizisten  
auf der Rückfahrt von ihrem  
Einsatz beim ›Anschluss‹  
Österreichs 1938.

Sammlung Schneider



bei der Verfolgung von Kommunisten und bei der Abschiebung von Juden aus den neu angeschlossenen Gebieten. Ende 1938 werden rund 60 bremische Polizisten in das Sudetenland kommandiert, um die Polizei mit aufzubauen.



›Anschluss‹ Österreich 1938.  
Bremische Hundertschaft auf dem  
Marktplatz St. Pölten am 9. April 1938.  
Rechts österreichische Polizei.

Sammlung Schneider



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1938 Deportation polnischer Juden

**D**ie erste Deportation von Juden aus Bremen fällt in den Oktober 1938. Die polnische Regierung kündigt an, sie werde Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland leben, nicht mehr nach Polen einreisen lassen. Die Ausländerbehörden im Deutschen Reich werden daraufhin angewiesen, den Juden polnischer Staatsangehörigkeit Aufenthaltsverbote zu erteilen und diese sofort zu vollziehen.

In Bremen ist Freimarkt, als die Polizei in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 1938 die Betroffenen, die oft seit vielen Jahrzehnten hier gewohnt haben, zum Lloydbahnhof schafft. »Die Juden sind am 29. Oktober 1938 bei Fraustadt auf polnisches Gebiet überstellt worden«, berichtet Bremens Bürgermeister nach Berlin. Allein aus Bremen wurden namentlich nachgewiesen 80 Juden ins Niemandsland an der Grenze abgeschoben, aus dem Reich waren es über 17.000. Da Polen die Einreise verweigert, vegetieren sie im Niemandsland, bis Polen die Grenzen schließlich öffnet.



Abraham und Anna Singer, geb. Schott aus Bremen-Hastedt. Das Ehepaar gehörte zu jenen Juden, die am 28. Oktober 1938 aufgrund ihrer polnischen Staatsangehörigkeit nach Polen ausgewiesen wurden. Sie lebten seit 1910 in Bremen. Weiteres Schicksal unbekannt. Privatbesitz (Singer)



Aus Protest gegen diese Abschiebeaktion schießt der 17 Jahre alte Jude Herschel Grynspan in Paris am 7. November 1938 einen deutschen Diplomaten nieder. Grynspans Familie ist von der Deportation betroffen. Zwei Tage später stirbt der Diplomat. Die nationalsozialistische Führung nimmt dies zum Vorwand für den Judenpogrom vom 9./10. November 1938.

Name	Geburtsdatum	Geburtsort	Wohnort
Bokil	15. 1. 1895	Dobrużyna, Hng	Bremen
Bokil	2. 10. 1894	Sark.	Bremen
Bokil	24. 12. 1897	Wronow	Bremen
Bokil	2. 11. 1910	Wronow	Bremen
Bokil	1. 8. 1911	Wronow	Bremen
Bokil	24. 11. 1897	Wronow	Bremen
Bokil	18. 4. 1911	Wronow	Bremen
Bokil	7. 8. 1899	Wronow	Bremen
Bokil	15. 1. 1899	Wronow	Bremen
Bokil	18. 8. 1898	Wronow	Bremen
Bokil	27. 4. 1898	Wronow	Bremen
Bokil	23. 8. 1891	Wronow	Bremen
Bokil	15. 8. 1898	Wronow	Bremen
Bokil	8. 11. 1899	Wronow	Bremen
Bokil	17. 7. 1891	Wronow	Bremen
Bokil	26. 1. 1917	Wronow	Bremen
Bokil	21. 12. 1896	Wronow	Bremen
Bokil	18. 11. 1896	Wronow	Bremen
Bokil	22. 7. 1914	Wronow	Bremen
Bokil	18. 5. 1913	Wronow	Bremen
Bokil	8. 10. 1912	Wronow	Bremen
Bokil	27. 8. 1918	Wronow	Bremen
Bokil	8. 10. 1913	Wronow	Bremen
Bokil	20. 7. 1917	Wronow	Bremen
Bokil	11. 12. 1891	Wronow	Bremen
Bokil	10. 11. 1898	Wronow	Bremen
Bokil	11. 11. 1891	Wronow	Bremen
Bokil	16. 11. 1891	Wronow	Bremen

Liste der aus Bremen aufgrund ihrer polnischen Staatsbürgerschaft deportierten Juden. Namentlich bekannt: 80 Männer, Frauen, Kinder. Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1938

## Die Pogromnacht vom 9./10. November

**I**n Bremen leben 1933 über 3.700 Menschen jüdischer Herkunft. Ihre Entrechtung, Drangsalierung, Diskriminierung und Beraubung sind von Anfang an Staatsziel im NS-Staat.

Bremens Polizei schreitet schon nicht mehr ein, als die SA am 1. April 1933 Geschäfte jüdischer Inhaber boykottiert und die Menschen auffordert, nicht bei Juden zu kaufen. Seither schafft die NS-Regierung ein diskriminierendes Sonderrecht gegen die Juden, das auch in Bremen von Verwaltungen und Gerichten willig angewandt wird.

In der ›Reichskristallnacht‹ vom 9. auf den 10. November 1938 ermorden SA-Männer in Bremen auf Befehl ihrer Führer den Arzt Dr. Adolf Goldberg und seine Frau Martha, den Monteur Leopold Sinasohn, die Fahrradhändlerin Selma Zwienicki und den Produkthändler Heinrich Rosenblum.



In der Pogromnacht geplündert:  
Bekleidungsgeschäft  
Adler in Bremen-Mitte.

In der Pogromnacht in Brand gesetzt:  
die Synagoge in Bremen-Mitte (Schnoor).



SA-Männer zerstören jüdische Einrichtungen und Geschäfte, zünden die Synagoge an, schänden den jüdischen Friedhof. Weisungsgemäß hindert die Polizei die SA bei ihrem Tun nicht. Die Feuerwehr löscht die von SA gelegten Feuer nicht und sichert bloß die Nachbarhäuser. Die Kriminalpolizei ermittelt nicht gegen die Mörder.

Dafür folgt die Gestapo dem Befehl Himmlers, soviel Juden festzunehmen, wie in den Hafträumen unterzubringen sind und unverzüglich in das ›zuständige‹ KZ zu schaffen. Am Morgen des 10. November 1938 treibt man nahezu 180 jüdische Männer in das Zuchthaus Oslebshausen. Schutzpolizei eskortiert den Zug. Von hier werden sie in das KZ Sachsenhausen verschleppt, wo sie schwer misshandelt und längere Zeit festgehalten werden.



SA-Leute führen verhaftete  
jüdische Männer durch die Stadt in  
das Zuchthaus Oslebshausen.  
Schutzpolizei eskortiert den Zug.

Fotos: Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

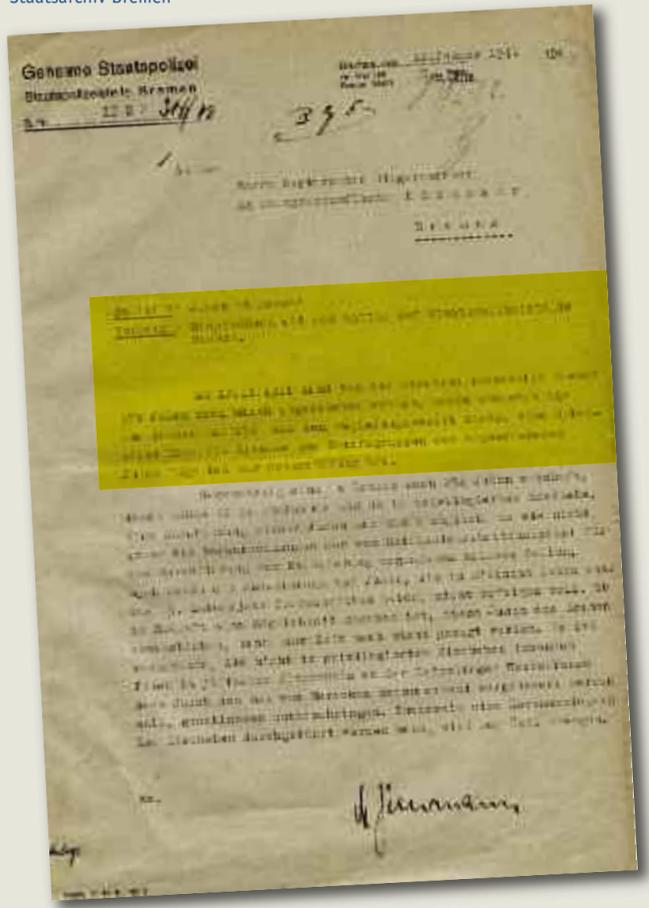
Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1941/1942/1945

## Deportation von Juden

Im Herbst 1941 beginnt das Reichssicherheitshauptamt mit der Deportation der Juden aus Deutschland nach Osteuropa. Bremens Gestapo hat die Namen längst in Karteien erfasst und pfercht Juden in »Judenhäusern« zusammen. Gestapo-Beamte organisieren die Transporte, erlassen Deportationsbefehle und stellen sie zu. Finanzbeamte beschlagnahmen das Eigentum der Opfer zum Zwecke der »Verwertung« zugunsten des Reichs. Polizisten sorgen für die Bereitstellung der Waggons und holen die Opfer ab. Am 18. November 1941 geht ein Transport mit 570 Juden aus Bremen und dem Regierungsbezirk Stade vom Lloydbahnhof in das Ghetto Minsk ab. 442 Deportierte aus Bremen sind namentlich bekannt. Begleitet und bewacht wird der Zug von über 40 Beamten der Ordnungspolizei. Im Juli 1942 wird ein großer Teil der aus Bremen Deportierten von einer »Einsatzgruppe« der SS ermordet. Nur vier Bremer überleben. In Minsk werden von 1941 bis 1943 über 135.000 Juden erschossen.

Bericht der Gestapo Bremen vom 12. Januar 1942 an den Regierenden Bürgermeister Bremen über die Deportation von 570 Juden in das Ghetto Minsk am 18. November 1941. Staatsarchiv Bremen



1942 organisiert Bremens Gestapo die Deportation von mehr als 160 Juden in das Ghetto Theresienstadt. Die meisten werden ermordet. Der letzte Transport mit über 50 Menschen nach Theresienstadt verlässt den Bremer Bahnhof am 13. Februar 1945. Fast alle Deportierten dieses Transports kommen mit dem Leben davon.

Die aus Bremen deportierten Juden setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

1. männlich:		in Alter von:				
0 - 14	14 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50		
42	25	28	29	42		
	20 - 30	30 - 40	40 - 50			
	44	5				
2. weiblich:						
0 - 14	14 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50		
34	21	21	40	34		
	20 - 30	30 - 40	40 - 50			
	11	55	5			
Insgesamt: männlich: 230						
weiblich: 112						
Summe: 342						

Diese Zahlen sind in folgender Weise:

männlich:		weiblich:	
berufsmäßige Berufs	55	Lehrer	
Vorbildner	26	"	
Handwerker	26	"	
Arbeiter	30	"	
Landw. Hilfsm.	55	"	
Kraft	10	"	
Eigentümer	1	"	
Ärztin	1	"	
And. Nat.	1	"	
		= 227	Insgesamt
weiblich:			
Lehrerinnen	102	Lehrerinnen	
Beschäftigte	21	"	
Arbeiterinnen	14	"	
Handwerkerinnen	73	"	
Handwerkerinnen	5	"	
		= 215	Insgesamt

und ein Kind.

Anlage zum Bericht vom 12. Januar 1942: Statistik der Deportierten nach Geschlecht und Alter. Summe 570. Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.**  
**GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1940/1943

## Deportation von Sinti und Roma

**D**ie Deportation von Sinti und Roma nach Auschwitz ist wie die gesamte ›Bekämpfung des Zigeunerwesens‹ Aufgabe der Kriminalpolizei. Im Oktober 1939 verkündet Heinrich Himmler einen ›Festsetzungserlass‹, der ›Zigeunern‹ und ›Zigeunermischlingen‹ verbietet, ihre Wohn- und Aufenthaltsorte zu verlassen. Ein halbes Jahr später weist er die Polizei an, ›Zigeuner‹ und ›Zigeunermischlinge‹ festzunehmen und in Lagern zu sammeln, um sie in ›geschlossenen Sippen‹ nach Polen zu deportieren.

Im Mai 1940 organisiert Bremens Kriminalpolizei den ersten Transport. Von geplanten reichsweit zu deportierenden 2.500 Sinti und Roma stammen 1.000 Deportierte aus dem Bereich der Kripoleitstellen Bremen und Hamburg. Sammelplatz in Bremen ist der ›Schützenhof‹ in Gröpelingen. Die Fahrt endet im KZ Auschwitz.

Im März 1943 organisiert die Kriminalpolizei drei weitere Transporte. Die Schutzpolizei verhaftet im Gebiet der Leitstelle mindestens 275 Sinti und Roma. Sammelplatz ist der Bremer Schlachthof. Bremische Polizisten begleiten den Transport bis zur Rampe in Auschwitz. Mindestens 157 werden dort ermordet.

Anfang 1944 leben nur noch wenige Sinti in Bremen, die mit ›Ariern‹ verheiratet sind. Das Reichskriminalamt befiehlt, diese Sinti zu sterilisieren.



Das Kulturzentrum Schlachthof mit der 1995 errichteten Gedenktafel (Vordergrund) zur Erinnerung an die Deportation von Sinti und Roma aus Bremen.

Archiv Kulturzentrum Schlachthof



Privatarchiv (Linke)

Die Bremer Kripo stellt sie vor eine Alternative: ›freiwillige‹ Sterilisierung oder Deportation nach Auschwitz. Davon betroffen sind in Bremen mindestens 8 bis 10 Personen. Sie werden unfruchtbar gemacht.



Lage des Schlachthofs im Stadtteil Findorff in den 1950er Jahren

Archiv Kulturzentrum Schlachthof



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1939–45

## Polizei im Fronteinsatz

**M**it Beginn des Krieges stellt der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler militärisch ausgebildete Polizeitruppen auf. Sie rekrutieren sich aus Polizeihundertschaften, Polizeireservisten und Wehrpflichtigen. Die Offiziere und Unterführer sind aktive Polizisten. Bis 1940 werden insgesamt 101 Polizeibataillone mit je 500 bis 600 Mann aufgestellt. Sie sollen hinter der Front »Polizeikampf« führen.

Das heißt konkret: Sie ermorden Juden, erschießen vermeintliche Kommunisten und bekämpfen »Partisanen«. Sie beteiligen sich an der »Endlösung der Judenfrage«, indem sie bei der Deportation der Juden in die Vernichtungslager mitwirken.

Den Polizeibataillonen und Einsatzgruppen der SS fallen in der Sowjetunion hunderttausende Männer, Frauen und Kinder zum Opfer.

Heinrich Himmler ist zufrieden: »Die Leistung ist über alles Lob erhaben«, sagt er 1943 vor SS-Führern in Posen.



Polizei und SS gemeinsam im »Frontereinsatz«. Propagandaplakat 1943.

Archiv für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Nachlass Chantelau.



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1939–45

## Das Polizeibataillon 105

**I**n Bremen wird 1939 das Polizeibataillon 105 aufgestellt. Ab 1940 wird es in Norwegen eingesetzt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 zieht es hinter der Front der Heeresgruppe Nord durch das Baltikum bis vor Leningrad (St. Petersburg). Sein Auftrag lautet: »Sicherung des Operationsgebietes und Partisanenbekämpfung.« Das bedeutet Verfolgung und Ermordung von Kommunisten, Partisanen und Juden.



Oktober 1941.  
Angehörige des Polizeibataillons 105 im Raum Narva-Leningrad (St. Petersburg). Beschriftung auf der Rückseite: »Ein Partisandorf geht in Flammen auf.«  
Sammlung Schneider

September 1941.  
»Partisanenkampf« im Baltikum.  
Brandschatzung durch Angehörige des Polizeibataillons 105.  
Sammlung Schneider



Im Sommer 1942 wird das Bataillon in die Niederlande verlegt. Hier wirkt es neben anderen Polizeieinheiten an der Verfolgung und Deportation der Juden mit. Es führt Razzien durch, verhaftet, organisiert und begleitet Transportzüge in Konzentrations- und Vernichtungslager. Mitte Juli 1942 geht der erste Transport vom zentralen Durchgangslager Westerbork mit über 1.100 Juden nach Auschwitz ab. Insgesamt werden bis September 1944 über 100.000 Juden aus den Niederlanden deportiert. Von ihnen überleben nur etwa 5.000.



Oktober 1942.  
Das Lager Westerbork, Durchgangslager für die Deportation von Juden aus den Niederlanden in die Vernichtungslager im Osten. Wachposten: Angehöriger des Polizeibataillons 105.  
Sammlung Schneider



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1940–45 Das Polizeibataillon 303

**I**m Jahr 1940 wird in Bremen das Polizeibataillon 303 ausgebildet.

Ab September 1940 ist es in Polen eingesetzt. Dort bewacht es kriegswichtige Objekte und beteiligt sich an Razzien gegen die jüdische Bevölkerung.

Nach dem Angriff auf die Sowjetunion wird das Bataillon 303 mit anderen Bataillonen zum Polizeiregiment Süd vereinigt. Das Regiment wird eingesetzt bei der Verfolgung und Ermordung von Juden, Partisanen und Kommunisten. Es zieht eine blutige Spur durch die Ukraine. Im September 1941 ist es an dem Massenmord an Juden in der Schlucht von Babi Jar nahe Kiew beteiligt.



Polizei-PKW mit Bremer Schlüssel. Der Kommandeur des Polizeibataillons 303 unterwegs in den Weiten der Ukraine. Undatiert.

Sammlung Schneider

Das Polizeibataillon 303 in Polen.

Parade in Krakau 1940.

Sammlung Schneider



Dort werden in zwei Tagen 33.771 Männer, Frauen und Kinder erschossen. Nachweislich haben Männer des Bataillons 303 Tausende der Opfer zusammengetrieben und bewacht. Ob sie auch geschossen haben, kann weder belegt noch ausgeschlossen werden.

Von 1944 bis Kriegsende ist das Polizeibataillon 303 in Italien eingesetzt.



Das Polizeibataillon 303. Kameradschaftsabend. Undatiert.

Sammlung Schneider



## POLIZEI. GEWALT.

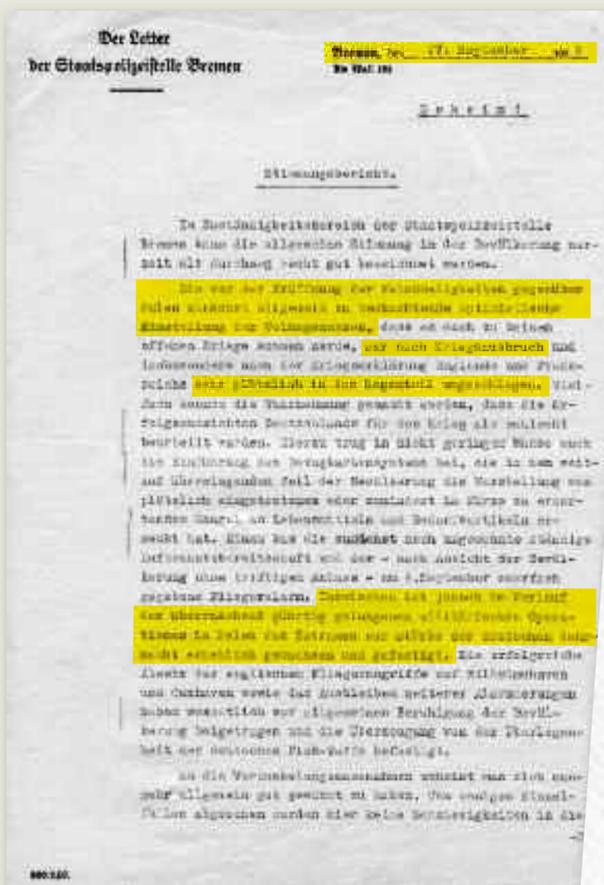
Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1939/44

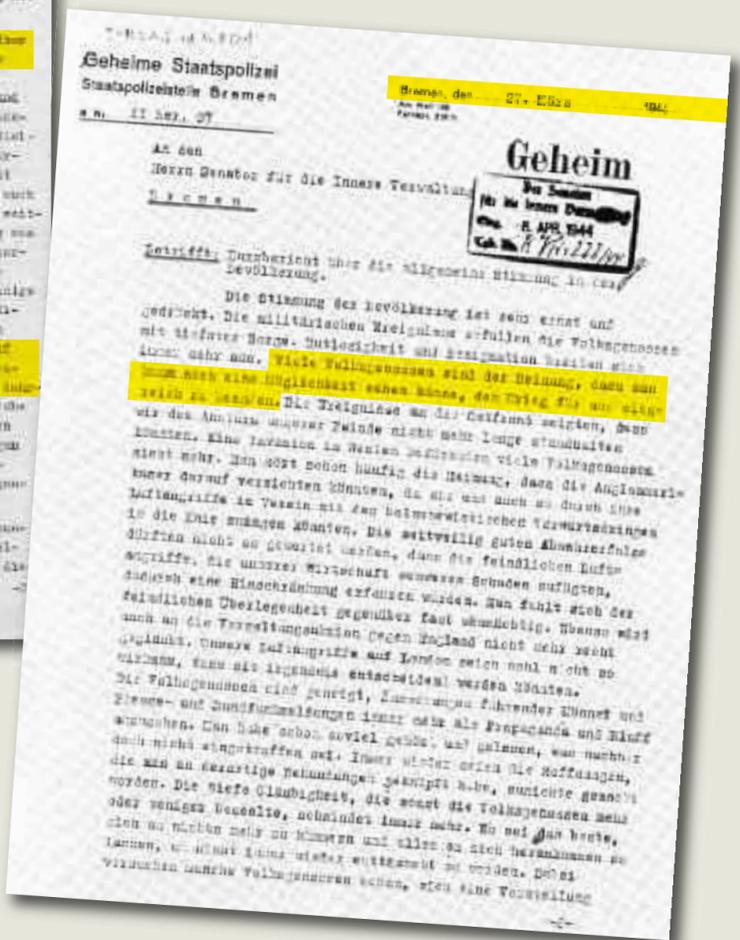
## Die Stimmungslage im Reich

**I**m Krieg tut die Führung alles, um die »Heimatfront« stabil zu halten. Die Polizei bekommt neue Aufgaben bei der Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren. Sie überwacht Bahnhöfe, Brücken, Straßenkreuzungen und Wasserstraßen. Sie sucht »Herumtreiber«, fahnenflüchtige Soldaten, geflohene Kriegsgefangene, von der Arbeit entlaufene und damit »vertragsbrüchige« Fremdarbeiter.

Die Polizei beobachtet die Haltung und Einstellung der Bevölkerung. Laufend erstattet die Gestapo dazu »Lageberichte« an den Senator für die innere Verwaltung. Sie analysieren die Stimmung auf dem Hintergrund des dramatischen Kriegsverlaufs und der zunehmenden Bombenangriffe. Die Gestapo achtet insbesondere auf Anzeichen von Kriegsmüdigkeit, Defätismus und auf Kritik an der politischen und militärischen Führung.



Stimmungsbericht der Gestapo Bremen vom 27. September 1939.  
Staatsarchiv Bremen



Stimmungsbericht der Gestapo Bremen vom 27. März 1944.  
Staatsarchiv Bremen



**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1933/45

## Luft- und Feuerschutzpolizei

**A**b 1933 wirkt die Polizei beim Aufbau des zivilen Luftschutzes mit. In den Kriegsjahren ist der Polizeipräsident zugleich örtlicher Luftschutzleiter, die Luftschutzzentrale befindet sich im Polizeihaus.

Die Ordnungspolizei überwacht die Verdunkelungsmaßnahmen und den Bau behelfsmäßiger Luftschutzräume. Sie ist verantwortlich für den Luftschutzwarndienst sowie den Selbst- und Werksluftschutz.

Die Kriminalpolizei geht gegen Plünderer von »Bombenschadenstellen« vor. Sie ermittelt gegen Personen, die bei ihrem Antrag auf Ersatz von Bombenschäden beim Stadtamt höhere Schäden angeben als tatsächlich entstanden sind.

**Bremen-Neustadt 1943.**  
Nach Sprengung des einsturzgefährdeten Gebäudes Sielers Festsäle in der Pappelstraße.  
Staatsarchiv Bremen



**102. Luftangriff 1942.**  
Schadensstelle Bremen-Findorff.  
Warnschild des Polizeipräsidenten  
in der Admiralstraße.  
Staatsarchiv Bremen



Der Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD), der ab 1942 als Luftschutzpolizei dem Polizeipräsidenten untersteht, leistet nach Bombenangriffen Hilfe. Das Sprengkommando der Polizei entschärft Blindgänger. Die Berufsfeuerwehr, jetzt Feuerschutzpolizei, wird durch die Bombenangriffe bis aufs Äußerste gefordert.



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1939–1945

## Der Schwarze Markt

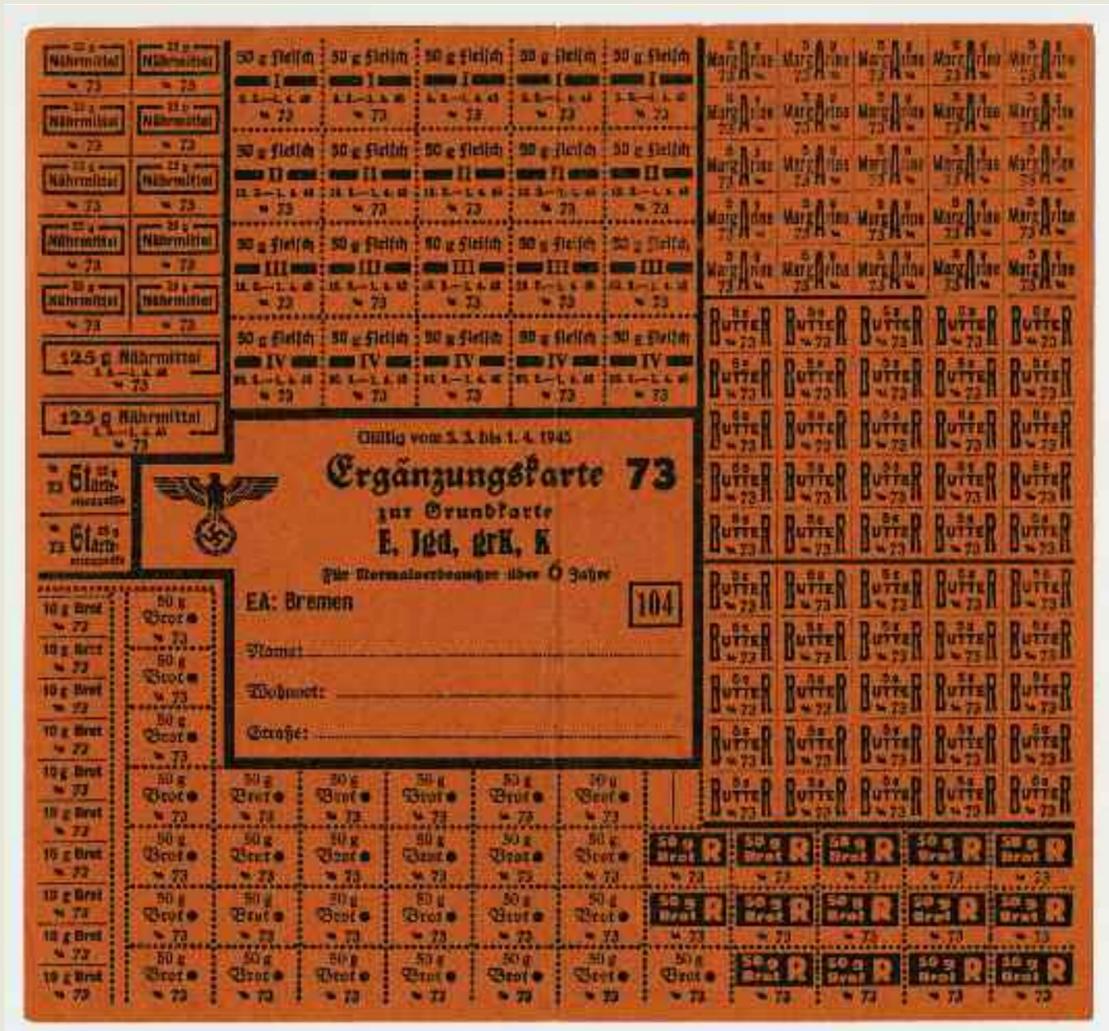
**A**b Kriegsbeginn werden Lebensmittel und andere Waren bewirtschaftet. Rationierte Waren sind nur gegen Bezugsscheine und Lebensmittelmarken zu bekommen. Preise werden staatlich festgesetzt und kontrolliert. Verstöße gegen Bewirtschaftungsvorschriften sind mit strengen Strafen bedroht.

Obwohl die Polizei das Geschehen überwacht, entsteht ein Schwarzer Markt: Tauschhandel, Umgehung von Preisvorschriften, Manipulationen mit ›Bezugsberechtigungen‹ und ›Schwarzschlachtungen‹ sind weit verbreitet.

Die Schutzpolizei kontrolliert die Preise und überwacht die Einhaltung der Bewirtschaftungsvorschriften. Die Kriminalpolizei ist für Wirtschaftsverbrechen zuständig, die vom Sondergericht abgeurteilt werden.

In den Kriegsjahren werden Waren rationiert und sind nur auf Bezugskarten erhältlich. Hier Lebensmittelkarten aus dem Frühjahr 1945.

Focke-Museum Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1939–1945

## Fremdarbeiter – Zwangsarbeiter

In den Kriegsjahren werden mehr als neun Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht.

Allein in Bremen leben 1943 über 41.000 Fremdarbeiter, die in über 140 Ausländerlagern untergebracht sind. Sie arbeiten in Rüstungsbetrieben, Werften, bei der Reichsbahn, in der Landwirtschaft usw.

Die Polizei überwacht die Fremdarbeiter streng. Sie befürchtet Sabotage und Spionage, Aufruhr und Bandenbildung. Besonders drangsaliert werden Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion, die als »Untermenschen« gelten.

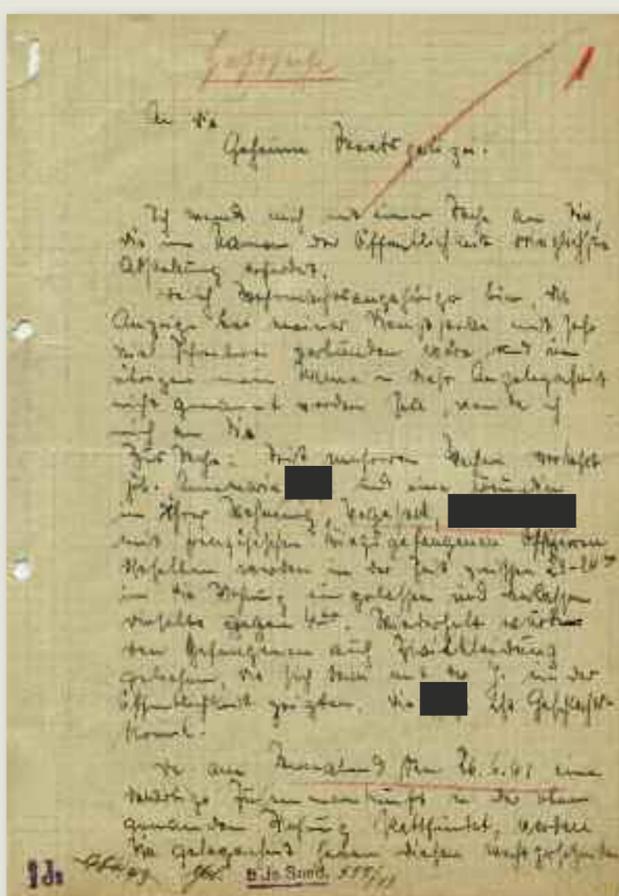
Sie dürfen sich nur eingeschränkt außerhalb ihrer Lager und Arbeitsstellen bewegen.

Sie müssen das Kennzeichen »P« für Pole oder »Ost« für Ostarbeiter tragen.

Kriminalpolizei und Gestapo gehen hart gegen Straftaten von Fremdarbeitern vor. »Polensachen« übergibt die Kriminalpolizei der Gestapo, die willkürlich entscheidet, ob sie Polen sofort in ein KZ einliefert oder der Justiz überstellt.

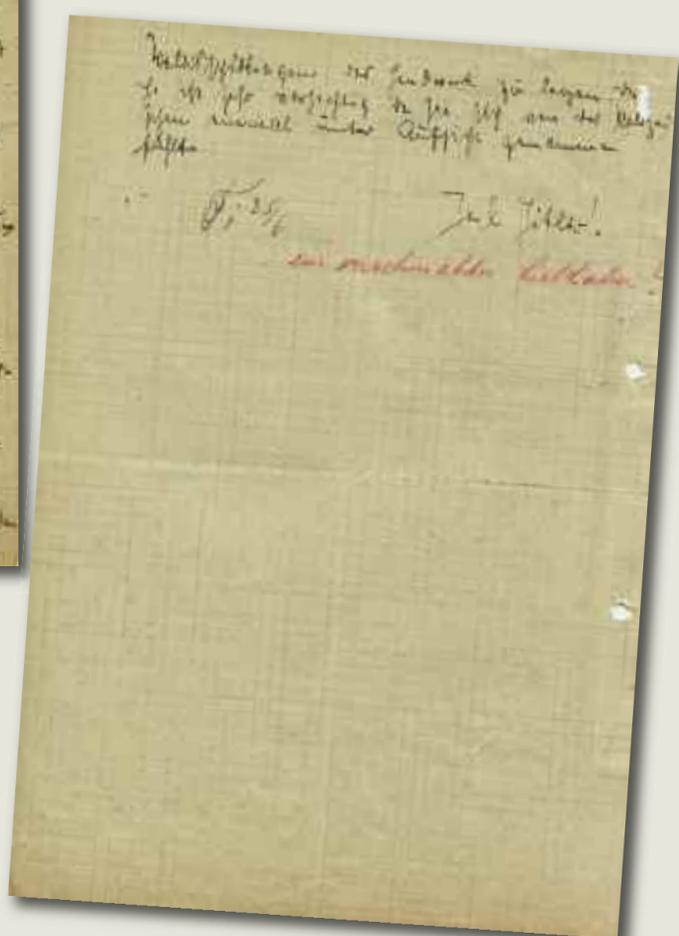
Viele der straffällig gewordenen Fremdarbeiter werden vor dem Sondergericht angeklagt. 13 seiner 55 Todesurteile treffen Ausländer. Unter den zum Tode Verurteilten sind drei polnische Jugendliche.

Zwangsarbeitern ist der Kontakt zu deutschen Frauen untersagt. Auch die Frauen, die sich mit Ausländern einlassen, werden von der Polizei verfolgt. Oft ist der Hintergrund für die Strafverfolgung eine anonyme Denunziation.



Anonyme Anzeige bei der Gestapo Bremen aus dem Jahr 1943 gegen Frauen, die verbotenen Umgang mit französischen Kriegsgefangenen haben, die als Zwangsarbeiter eingesetzt sind. Ein Polizeibeamter vermerkt mit Rotstift am Rand: »Ein verschmähter Liebhaber?«

Staatsarchiv Bremen



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

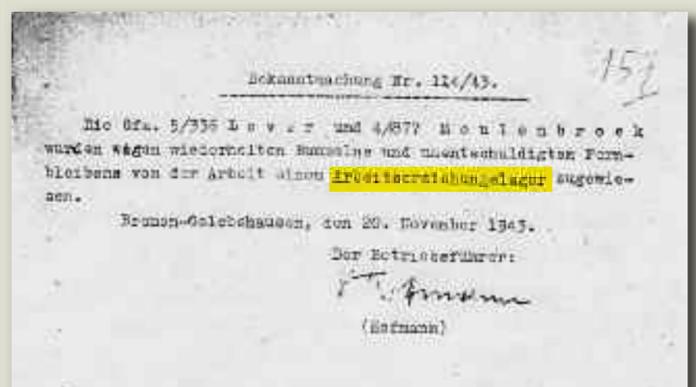
# 1940–1945

## Das Arbeitserziehungslager Farge

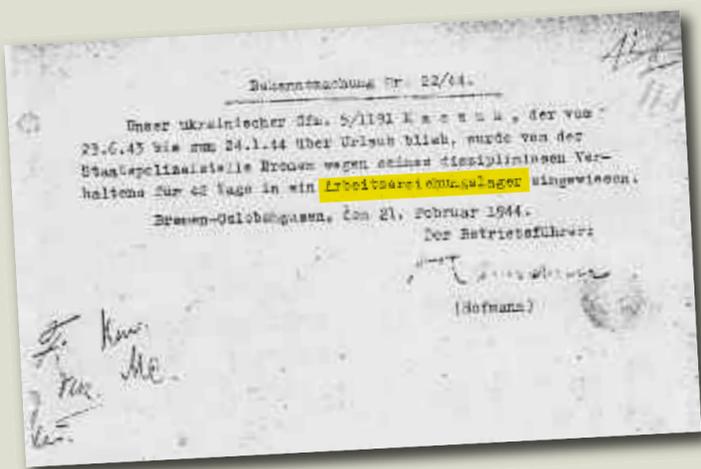
**W**er die Arbeit verweigert oder nicht ›ordentlich‹ arbeitet, den weist die Gestapo für einige Zeit in ein Arbeitserziehungslager (AEL) ein. Die ersten dieser staatspolizeilichen Sonderlager werden ab 1940 errichtet, darunter das AEL Bremen-Farge. Erst nachträglich regelt 1941 ein Erlass, dass in diesen Lagern Ausländer und Deutsche lernen sollten, wie man ›ordentlich‹ arbeitet. Faktisch sind diese Lager ein Disziplinierungsinstrument des NS-Regimes. Die Einweisung in ein AEL erfolgt auf Antrag der Betriebe, die Überwachung durch Kräfte der Gestapo. Als Strafmaßnahme zugelassen sind Essensentzug, erschwerte Arbeit und Strafarrest. Die Zustände im Lager Bremen-Farge sind fürchterlich, die Fachliteratur nennt es heute ›Todeslager‹, die Bremer nannten es damals ›Männervertilgungslager‹.

Die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager erfolgte auf Antrag der Betriebe. Bei der Norddeutschen Hütte wurde die Einweisung per Aushang öffentlich gemacht. Jährlich hingen im Betrieb etwa 200 Bestrafungsmeldungen aus. Hier: Bekanntmachungen vom 20. November 1943 und 21. Februar 1944.

Sammlung Hemmer und Milbradt



Ab 1943 beginnt die Gestapo das Lager für weitere Gruppen als Haftort zu nutzen. Es entwickelt sich zum ›erweiterten Polizeigefängnis‹. Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 sperrt die Gestapo im Zuge einer ›Aktion Gewitter‹ Angehörige der politischen Linken in Farge ein: frühere Mitglieder der Bürgerschaft, ehemalige Senatoren, Gewerkschafter. Bei einer ›Sonderaktion J‹ werden 1944 etwa 230 ›Judenmischlinge‹ in Farge eingeliefert, um sie zum ›Arbeitseinsatz‹ zu bringen.



# POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

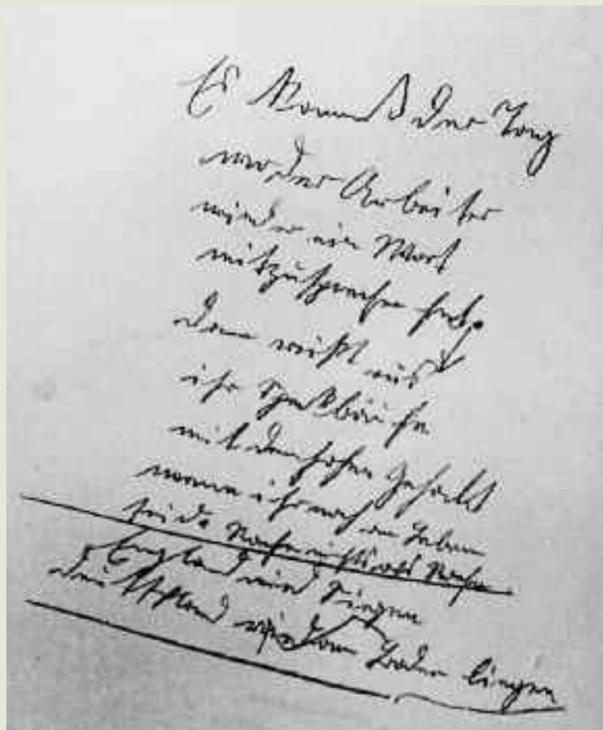
# 1939–45 Kriegsstrafrecht

**S**eit Kriegsbeginn gilt ein besonderes Strafrecht, das die Polizei stark fordert: Gestapo und Kriminalpolizei ermitteln gegen Menschen, die ausländische Sender hören, Zweifel am Sinn des Krieges und am ›deutschen Endsieg‹ äußern, ›meckern‹, ›mies machen‹, die führenden Männer beleidigen, die ›Widerstandskraft‹ oder ›Wehrkraft‹ des deutschen Volkes schwächen oder ›zersetzen‹, sich an ›Liebesgaben‹ für die Soldaten vergreifen usw.

Sie gehen gegen Personen vor, die Rationierungsvorschriften verletzen. Sie verfolgen deutsche Frauen, die sich mit Kriegsgefangenen einlassen. Besonders achten sie auf Verdächtige, die bei ihrer Straftat ›die besonderen Umstände des Krieges ausnutzen‹ – etwa Verdunkelung, Luftalarm oder die Verwirrung nach Bombenangriffen. Speziell im Blick hat die Polizei ›Volksschädlinge‹, die nach ›gesunden Volksempfinden‹ die härtesten Strafen verdienen.

**Beweismittel in einem Verfahren vor dem Sondergericht Bremen gegen einen Niederländer.**  
**Spruch im WC:** ›Weg mit dem verfluchten Deutschland. Heil Moskau.‹  
 Staatsarchiv Bremen

**Beweismittel in einem Verfahren vor dem Sondergericht Bremen. Spruch im WC:**  
 ›Es kommt der Tag, an dem der Arbeiter wieder ein Wort mitzusprechen hat. (...) England wird siegen und Deutschland wird am Boden liegen.‹  
 Staatsarchiv Bremen



Plünderer sind des Todes. Die Ermittlungsmethoden sind oft brutal. Aussageerpressung ist nicht selten.

Beweise der Tätigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Sondergericht in Bremen von 1940 bis 1945 sind erhalten geblieben. Das Staatsarchiv verwahrt die Akten von 562 Strafverfahren gegen 918 Angeklagte.



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1945 Britten und Amerikaner in Bremen

**A**m 26. April 1945 besetzen britische Truppen Bremen. Zuvor vernichten Polizeibeamte Akten. Angehörige der Gestapo tauchen unter. Über 3.800 Polizisten gehen in Gefangenschaft.

Bereits 1944 haben Briten und Amerikaner vereinbart, dass Bremen und Bremerhaven nach Kriegsende amerikanische Enklave wird, Nordwestdeutschland britische Zone. Die Amerikaner benötigen die Enklave wegen der Häfen (Rückführung von Truppen und Nachschubbasis).

Die Militärregierung setzt Johannes Schroers – seit 1941 Polizeipräsident in Bremen – als provisorischen Bürgermeister ein. Ein Fehler, den sie schnell korrigiert.



**Angehörige der Bremer Wasserschutzpolizei marschieren in Gefangenschaft.**

Staatsarchiv Bremen  
(Imperial War Museum London)

**April 1945: britische Soldaten führen Bremer Polizeibeamte in Gefangenschaft.**

Staatsarchiv Bremen (Imperial War Museum London)



Am 20. Mai 1945 übernimmt die US-Militärregierung die Verantwortung für die Enklave Bremen.

Die amerikanische Militärregierung residiert im Haus Contrescarpe 22, dem heutigen Amtssitz des Senators für Inneres und Sport.

Am 1. August 1945 benennt die Militärregierung den früheren Senator Wilhelm Kaisen (SPD) zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats. Bald dürfen bremische Polizisten – zunächst gemeinsam mit amerikanischer Militärpolizei wieder auf Streife gehen. Sie tragen wieder blaue Uniformen.



**Mai 1945: ein wieder zugelassener bremischer Polizist (ganz rechts) auf Patrouille mit amerikanischer Militärpolizei (MP).**

Staatsarchiv Bremen (Georg Schmidt)



**Das Gebäude Contrescarpe 22 in Bremen. Nach Kriegsende Sitz der amerikanischen Militärregierung, heute Amtssitz des Senators für Inneres und Sport.**

Staatsarchiv Bremen



## POLIZEI. GEWALT.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

# 1945 Demokratisierung der Polizei

**D**ie Ausstellung endet hier – aber die Geschichte der Bremer Polizei geht weiter. Denn jetzt beginnt ein neuer, zweiter Versuch, in Deutschland eine demokratische Gesellschaftsordnung zu etablieren. Wieder, wie nach 1918, steht auch die Polizei vor der Aufgabe, ihren Platz in der Demokratie zu finden.

Wir wollen in einer weiteren Ausstellung darstellen, wie dieser Prozess nach 1945 verlaufen ist.

Wenn wir versuchen, diese Entwicklung nach 1945 zu verfolgen, werden wir schnell bemerken, dass dieser Prozess der Selbstfindung der Polizei schwer war und lange gedauert hat. Schlimmer noch: Weit über 1945 hinaus gab es bei der Bremer Polizei viele personelle Kontinuitäten. Die Verbrechen wurden kaum gesühnt. Vieles erfüllt uns mit Unverständnis und sogar Empörung.

Zum Beispiel dies: Dass der einstige Gestapo Chef Erwin Schulz, den das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg wegen seiner Beteiligung am Judenmord zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt hat, lange vor der Verbüßung freikommt. Wir werden sehen, dass sich ausgerechnet der Senat der Freien Hansestadt Bremen für Schulz einsetzt, obwohl einige Mitglieder dieses Senats Opfer

der nationalsozialistischen Verfolgung sind, die ihre Erfahrungen mit der Gestapo Bremens hinter sich haben. Wir werden sehen, dass rund 70 Angehörige der Polizeibataillone 105 und 303 wieder in der Bremer Polizei tätig geworden sind. Keines der Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Bataillone endet mit einer Verurteilung. Ehemalige Gestapobeamten kommen wieder im bremischen öffentlichen Dienst unter. Andererseits wird Franz Noch, den die Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt gejagt haben, in den 1950er Jahren Polizeipräsident in Bremen werden.

Die Rede wird auch sein müssen von Versuchen der Justiz, nach 1945 die Täter zur Rechenschaft zu ziehen – etwa den SS – Sturmbannführer Otto Löblich und 13 weitere Angeklagte, die als Hilfspolizisten Häftlinge im KZ Mißler misshandelt hatten. Oder einen Gestapobeamten, der wegen Aussageerpressung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt werden wird.

An der jetzt aktiven Generation von Polizisten liegt es, diese Teile der Polizeigeschichte nicht zu vergessen oder zu verdrängen oder einfach aus dem Auge zu verlieren. Denn man kann lernen aus der Geschichte. Man muss sich nur trauen, sie zu befragen.

**POLIZEI.  
GEWALT.**

Bremens Polizei im Nationalsozialismus